Einzelpreis 30 Pf. **Halle, Freitag, den 9. April 1920.** **31. Jahrgang • Nr. 83**

Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105095, Hermann Schade

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 3,50 Mk., vierteljährl. 10,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 3,50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Zugeständnisse der Regierung.

Die Regierung hat bei erneuten Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterschaft versprochen, die Truppen in den allernächsten Tagen aus dem Ruhrrevier zurückzuziehen. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß ein Einmarsch der Truppen südlich der Ruhr nicht erfolgen darf. Die gleichen Anordnungen hat der Reichskommissar Minister Severing getroffen. Von der Regierung ist bereits angeordnet worden, daß die Zeitfreiwilligenformationen für ganz Deutschland, ebenso die Einwohnerwehren aufzulösen sind. Ortswehren sollen nach den von den Arbeiterorganisationen gemachten Vorschlägen gebildet werden.

Gegen die Haftentlassung der konterrevolutionären Offiziere erklärte die Regierung nichts unternehmen zu können, da sie auf gesetzlichem Wege erfolgt sei. Dagegen werde an keine konterrevolutionäre Formation Munition geliefert; die Auffassung der Arbeiterorganisationen über die Umbildung der Sicherheitswehr teile die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der preußischen Regierung.

Die Arbeiterschaft wird natürlich diese Versprechungen der Regierung mit dem Mißtrauen aufnehmen, das durch die bisherige Tätigkeit, oder vielmehr Untätigkeit, des Kabinetts Müller geboten ist. Was hat die Regierung nicht schon alles versprochen und angeordnet! Ein Einmarsch der Truppen südlich der Ruhr ist verboten worden, und doch hat sich die Watter-Reaktion darum wenig geschert. Die einzigen Zugeständnisse, die bei dem Volke Befriedigung auslösen würden, wären Taten. Wir werden sehen, ob diese Taten erfolgen.

•

Gegen den Vorwurf der bürgerlichen Presse, daß die Forderung auf Zurückziehung der Reichswehr aus der neutralen Zone eine Art Hilfsaktion für den französischen Militarismus sei, wendet sich die Berliner Gewerkschaftskommission und die Zentralleitung der U. S. P. D. mit folgender Erklärung:

Die Aufstellung des Punktes 1 der auch von uns am 6. April aufgestellten Forderungen „Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone" ist rein aus Gründen der inneren Politik erfolgt. Er darf keinesfalls so ausgelegt werden, als wollten wir damit die Besetzung von Frankfurt und anderen Orten Süddeutschlands durch französische Truppen rechtfertigen. Die Besetzung dieser Städte durch die französischen Truppen ist eine von außen erfolgte gewaltsame Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten, die wir aufs schärfste verurteilen.

Berlin, 7. April 1920.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
gez. A. Crispien.
Berliner Gewerkschaftskommission
gez. O. Rusch.

Der Gewerkschaftsbund und die S. P. D. haben eine ähnliche Erklärung erlassen, in der es heißt:

Der Punkt 1 unserer am 6. April aufgestellten Forderungen „Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone" darf keinesfalls so ausgelegt werden, als wollten wir damit die widerrechtliche Besetzung von Frankfurt und anderen Orten Süddeutschlands durch französische Truppen rechtfertigen. Die Besetzung dieser Städte durch die französischen Truppen ist weder durch den Friedensvertrag, noch durch das Vorrücken kleiner Teile der Reichswehr in die neutrale Zone zu begründen. Wir verurteilen diese von Frankreich verübte Rechtsverletzung genau so wie die Reichsregierung und werden diese in ihrer Abwehr auf das energischste unterstützen.

Diese Erklärung ist in einer Tonart gehalten, die unserem Erachten nach zu geflissentlich sich bemüht, die Schuld der Regierung an dem Vorrücken der Franzosen zu verdecken.

Bürgerliche Angst vor Arbeitermacht.

Kaum sind die Forderungen, die beide sozialdemokratische Parteien und die Gewerkschaften an die Reichsregierung gestellt haben, bekannt geworden, so bläst die bürgerliche Presse Sturm, und zwar die gesamte Presse vom Berliner Tageblatt bis zur Deutschen Tageszeitung. Das Bürgertum fühlt, daß hier Gefahr für den Geldsack im Verzuge ist, es fühlt, daß sich hier eine Entwicklung anbahnt, die zur Beseitigung der unmoralischen bürgerlich-sozialistischen Koalition führen könnte. In allen Tonarten plärrt und brüllt es daher vom Bolschewismus der Gewerkschaften, und Legien kommt zu der wahrhaft unverdienten Ehre, zu einem Lenin gestempelt zu werden. Das Berliner Tageblatt vergleicht die Gewerkschaften mit — Wilhelm II., der in rauhem Impulse hemmungslos in das Räderwerk einer ruhigen und zielklaren Politik eingriff. Die Gewerkschaften wollten jetzt auf ähnliche Weise durch unaufhörliches Dreinreden die Politik nach ihrer Laune beeinflussen. Der Artikelschreiber des B. T. ist sicher sehr stolz auf diesen schönen Vergleich, obwohl der völlige Widersinn eines Vergleiches zwischen dem größenwahnsinnigen, unfähigen Hohenzollern und den 7½ Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern auch dem blödesten Auge klar sein sollte. Diese 7½ Millionen, die das Rückgrat deutscher Arbeit und das Unterpfand deutscher Hoffnung und deutschen Aufstieges sind, haben sehr wohl das Recht, in Schicksalsstunden des Reiches ihre gewichtige Stimme zu erheben und zu fordern, daß man sie höre! Kein Wort von Rätediktatur oder Arbeiterregierung stehen in den rein sachlichen und dem gesunden Menschenverstande verständlichen Forderungen der Arbeiterschaft! Wie lächerlich ist es, wenn demokratische Blätter, die eben noch vor der Weißen Reaktion zitterten, jetzt aus dem Häuschen geraten, weil der Augiasstall endlich einmal wirklich gereinigt werden soll. Fühlen sie, daß die sozialistische Volkswehr, die allein in Deutschland an Stelle der Reichswehr zum Schutze der Republik nötig ist, nicht den Kampf gegen die Arbeiterschaft führen wird, wie das die treue Noskegarde getan hat? Eure Ahnungen werden euch nicht trügen!

Die Magdeburgische Zeitung bekommt es fertig, zu behaupten, die Forderung auf Zurückziehung der Reichswehr aus der neutralen Zone sei eine schwere vaterländische Versündigung und ein Dolchstoß in den Rücken des Reichskanzlers Müller. Es ist bezeichnend, daß ein Blatt, welches nicht genug über die Gemeinheit der Franzosen zetern kann, weil sie Frankfurt besetzten, die Ursache dieser Besetzung nicht aus der Welt schaffen will. Die Watter-Reaktion im Ruhrrevier verschuldet den Vormarsch der Franzosen, und wer da will, daß in Deutschland endlich eine Ordnung im Sinne der Republik einziehe, der kämpfe mit der Arbeiterschaft gegen die deutsche Reaktion. Die Macht der Arbeiter, wenn sie einig sind, wird niemand zu brechen vermögen, und der Weg Deutschlands wird der Weg des Sozialismus sein, trotz der Abwehrfront des kapitalistischen Bürgertumes. Wer historischen Sinn hat, wird sich auch nicht darüber wundern, daß nun endlich in der Politik die Macht der Arbeiterklasse fühlbar wird, obwohl die Verfassung von dieser Macht nichts weiß. Mit Recht erinnert die Freiheit an den berühmten Vortrag Lassalles über „Verfassungswesen", der jetzt ganz modern anmutet. Mögen die Bürgerlichen dort nachlesen, daß eine geschriebene Verfassung nur dann gut ist, wenn sie den tatsächlichen Machtverhältnissen entspricht. „Wo die geschriebene Verfassung nicht der wirklichen entspricht, da findet ein Konflikt statt, dem nicht zu helfen ist und bei dem unbedingt auf die Dauer die geschriebene Verfassung, das bloße Blatt Papier, der wirklichen Verfassung, den tatsächlich im Lande bestehenden Machtverhältnissen erliegen muß."

Frankreich und die Ruhraktion.

Die Räumung des Ruhrgebietes

wird von Frankreich erneut gefordert. Die Agence Havas meldet:

Man weiß jetzt in ganz Deutschland, daß die Franzosen gesonnen sind, die schärfsten Maßregeln zu ergreifen, wenn der Vertrag von Versailles nicht durchgeführt wird. In Frankreich hat die Entschlossenheit Millerands einstimmige Billigung gefunden. Hätte der französische Staat die Vergewaltigung einer Hauptbestimmung des Vertrages geduldet, dann hätte er damit auf sämtliche Garantien und Gutmachungen verzichtet. Am 9. April läuft der Vertrag vom 9. August 1919 ab, der Deutschland erlaubt, eine gewisse Truppenzahl in der neutralen Zone zu halten. Bis zu diesem Tage also müssen sämtliche deutschen Soldaten diese Zone verlassen haben. Millerand hat Mayer in seinem Schreiben vom Montag erklärt, daß die Ausführung auf das schärfste überwacht werden wird.

Laut B. Z. sind im Industriegebiet bereits Entente-Abgesandte eingetroffen, um die Räumung der neutralen Zone zu überwachen.

•

Die Schuld der deutschen Militärpartei.

Paris, 8. April. Die Tagesordnung der gestrigen Botschafterkonferenz bildete die deutsche Note vom 3. und 6. April. Millerand teilte eine Note an den deutschen Geschäftsträger mit, in der es u. a. heißt: Vor der Besetzung der Städte Frankfurt usw. habe die französische Regierung ihre Verbündeten benachrichtigt, Frankreich sei gewillt, das enge Bündnis mit den Alliierten aufrechtzuerhalten und wenn es sich einer Verletzung des Friedensvertrages gegenübersieht, aus eigener Kraft zu handeln, wie verschiedene Vorfälle bewiesen hätten. Am 29. März hätte Göppert erklärt, daß seine Regierung keine Möglichkeit sehe, ohne Genehmigung der französischen Regierung Truppen in das Ruhrgebiet zu schicken. Am 29. März habe Millerand bestätigt, daß die Ermächtigung nur gegeben werden könnte, wenn gleichzeitig französische Truppen Frankfurt, Darmstadt, Homburg, Hanau und Dieburg besetzen dürfen. Am 3. April hätte Göppert bekanntgegeben, daß Truppen in größerer Stärke als erlaubt in das Ruhrgebiet einmarschiert wären und hätte formelle Genehmigung erbeten. Gleichzeitig habe Unterstaatssekretär Haniel in Berlin dem Vertreter des Generals mitgeteilt, daß Reichskommissar Severing volle Handlungsfreiheit über die Truppen im Ruhrgebiet habe. Die französische Regierung habe den Alliierten die Verletzung des Artikels 44 mitgeteilt.

Alle Alliierten hätten die militärische Besetzung des Ruhrgebiets als unnötig und gefährlich betrachtet. Die Initiative dazu müsse der deutschen Militärpartei zugeschrieben werden. Die Militärregierung Kapp und die Militärpartei hätten sie ergriffen trotz starker Einwände selbst im Schoß der deutschen Regierung. Frankreich hätte sich einer Maßnahme gegenüber gesehen, für die die deutsche Regierung die formelle Verpflichtung eingegangen wäre, sie nicht ohne Ermächtigung auszuführen.

Die französische Regierung sei entschlossen, die Besetzung aufzuheben, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone verlassen hätten. Millerand seinerseits schließe den Gedanken eines wirtschaftlichen Zusammenarbeitens nicht aus, aber die Grundbedingung sei, daß die deutsche Regierung zunächst den Beweis ihres guten Willens erbringe, indem sie ihren Verpflichtungen nachkäme. Am 29. März hätte ferner Millerand dem deutschen Geschäftsträger seine Absicht bestätigt, eine Aera neuer Beziehungen mit Deutschland auf dem Wege wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu beginnen. Eine Anregung in diesem Sinne würde bei ihr die günstigste Aufnahme finden. Unter gewissen Umständen könnte die Initiative von Frankreich aus kommen.

Das Problem der Arbeiterregierung.

W. O. Herr Kapp hat sich das Verdienst erworben, einem großen Teil des Bürgertums die Erkenntnis vermittelt zu haben, daß wir noch immer inmitten revolutionärer Zeiten leben. Selbst die langsam an die Deutsche Volkspartei Anschluß suchende Vossische Zeitung stellt jetzt fest, daß das deutsche Volk sich noch in der Revolution befinde. Zwar war Herrn Kapps Putsch nichts weniger als eine revolutionäre Tat. Es war der Streich eines bis zur Sinnlosigkeit ehrgeizigen Mannes, der einer Offiziersclique in die Hände fiel, die die Lorbeeren, die sie gegen den Feind im Kriege nicht hatte im sicheren Unterstand ersitzen können, nun an der wehrlosen Arbeiterschaft des eigenen Volkes „erkämpfen" wollte. Diese „Revolution" war in der Tat „gemacht". Das Ganze glich, für den, der es von den ersten Stunden an hier miterlebte, mehr einer gestellten Filmaufnahme als einer lebenswahren Handlung. So organisch und naturnotwendig die Revolution oder besser der politische, wirtschaftliche und moralische Zusammenbruch im Sommer 1918 war, so unorganisch, so naturwidrig war dieses militärische Spektakelstück.

In einem Augenblick, da das „Versanden" der Revolution immer größere Enttäuschung in die Reihen des arbeitenden Volkes trug, in einer Zeit, da durch die Zuchtlosigkeiten Noskischer Soldateska und durch die Hilflosigkeit der verantwortlichen Politiker diese Enttäuschung zur Erkenntnis der Notwendigkeit revolutionären Handelns gesteigert wurde, in einem Augenblick, da der Kampfwille des Proletariats sich innerlich festigte und an Ausdehnung gewann, in einem Augenblick, da die politischen Verhältnisse selbst die täglich stärker werdende Annäherung des Mittelstandes an die Arbeiterschaft erzwang, in einem solchen Augenblick versuchten wildgewordene Militärs die Errichtung einer Militärdiktatur, die Wiederherstellung der Monarchie, der Adelsherrschaft, des Paradieses der Großagrarier und Großindustriellen. Das war, beim Himmel, keine revolutionäre Tat, das war nicht einmal gegenrevolutionäre, das war blödeste Borniertheit, wie sie nur in der kommißgeschwängerten Luft der Kasinos gedeihen kann.

Also nicht diese satirische Komödie, die die Militärs der Welt vorführten, wohl aber die Tatsache, daß dies freie Spiel eine spontane (und deshalb revolutionäre), geschlossene und einmütige (und deshalb kraftvoll revolutionäre) Tat der Arbeiterschaft auslöste, ist der unumstößliche Beweis, daß wir noch in der deutschen Revolution leben. Wer da geglaubt hat, daß eine revolutionäre Zeitepoche sich dadurch beenden ließe, daß in Weimar mehr oder minder weise Männer ihr Sprüchlein zu einer jedem Sinn der Zeit widersprechenden Verfassung hersagen, der ist heute eines besseren belehrt. Wer zitternd hoffte, daß Beschlüsse, Verhandlungen und Gesetze aus einem revolutionären Zustande einen verfassungsmäßigen formen, darf sich heute nach neuer Weisheit umsehen.

Binsenwahrheiten der Politik und der Geschichte sind das. So selbstverständlich und einfach, daß man sich fast scheut sie zu schreiben. Nur die, die das politische Wissen und Können auf den Ministersesseln und den Abgeordnetensitzen sich ersessen haben, nur die kennen auch heute diese Wahrheiten noch nicht. Anstatt die revolutionäre Situation anzuerkennen und ihr entsprechend alles Handeln einzustellen, streben sie immer mit einer Angst, die nicht anders als erheiternd wirken kann, „zu verfassungsmäßigen Zuständen". Worte sind für sie alles! Wenn der „verfassungsmäßige Zustand wiederhergestellt" ist, so glauben sie das deutsche Volk und vor allem sich und ihren Posten gerettet. Alle Tatsachen existieren für sie nicht. Politik ist nur einzig und allein, was sich in den Wandelgängen des Reichstags abspielt. Alles andere ist ungesetzmäßig, steht mit der Verfassung im Widerspruch, muß also schleunigst beseitigt werden, kann aber nicht ausschlaggebend für die Gestaltung der politischen Entwicklung sein. Also fängt man da wieder an, wo man am 13. März, als die zitternden Gestalten in nächtlicher Stunde in rasenden Autos Berlin verließen, aufgehört hatte. Parteien kuhhandeln, Personen kleben, um alles Mögliche geht es, nur nicht um politische Taten, für alles Mögliche kämpft man, nur nicht um das Wohl des Volkes.

Wir haben keine Ursache, vor revolutionären Tatsachen die Augen zu verschließen. Wir haben erkannt, daß, wenn man die revolutionäre Entwicklung mit dem Leichentuch der Verfassung zu decken sucht, sich dann bei der leisesten Bewegung, selbst bei der Sinnlosigkeit eines Kapp-Putsches, das Tuch herunterreißt. Wir haben aber andererseits auch die Erkenntnis, daß nichts gefährlicher ist, als die Ueberschätzung der revolutionären Kraft. Ein Volk, das fast fünf Kriegsjahre hindurch hungernd und frierend das Letzte seiner physischen Kräfte hergeben mußte, das unter dem gleichen körperlichen Mangel mehr als ein Friedensjahr lang eine seelische Enttäuschung über die andere ertragen mußte, ein solches Volk braucht Zeit zur Erholung seiner körperlichen wie seelischen Kräfte, braucht Ruhe zur Sammlung seiner revolutionären Energie. Soll nicht unselige Zersplitterung und chaotische Niederlagen, soll nicht allseitige volle Erschöpfung und Verbrauch der letzten Kraft das große Ziel für lange Jahrzehnte uns entrücken, soll nicht eines Tages alle Kraft in Teiloffensiven verzettelt werden und die zum sozialistischen Wiederaufbau notwendige fehlen, so bedürfen wir heute der Planmäßigkeit, der Zielbewußtheit. Es gilt, unsere Kraft richtig einzuschätzen und zu wägen, was an revolutionärer Kraft noch verfügbar ist. Auch mangelnde Erkenntnis in einem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200409-11/fragment/page=0001

großen Teil der Arbeiterkreise ist letzten Endes nichts anderes als rein körperliche Schwäche und so sehr die Not und der Hunger revolutionierend wirken, so sehr stumpft doch auch körperliche Entkräftung zur Resignation, zur Gleichgültigkeit, zur Entsagung und Laufenlassen ab. Deshalb gilt es heute, die Masse zu sammeln zu dem Ziele, das im Augenblick als erreichbar gelten, das jedoch immer eingestellt sein muß auf unsere letzten Forderungen.

Unsere Partei hat diese Situation so klar erkannt wie nie, als sie in voller Würdigung der revolutionären Situation den Weg zur Lösung in der Arbeiterregierung zeigte. Das war die erste politische Tat der Führer, nach der herrlichen Tat der Massen im Generalstreik. Nun ringt alles, was politische Fähigkeiten zu besitzen glaubt, um die durch diese Tat erzeugte Klarheit zu verwirren. Aber das Problem bleibt unerschütterlich: nur eine Wahl gibt es zwischen den beiden Majoritäten; entweder eine Arbeiterregierung, die den Wiederaufbau Deutschlands mit Hilfe und Mitarbeit der ganzen Kraft des arbeitenden Volkes vollführt, oder eine rein bürgerliche Regierung, die alle Trümmer kapitalistischer Herrlichkeit sammelt, und damit noch einmal zum letzten, in den wenigen Wochen bis zu den Wahlen, aller Welt den Beweis erbringt, daß dies System nicht einmal die Kraft hat, das zu liquidieren, was es selbst angerichtet hat.

Mag man heut weiter kuhhandeln, mag man das Problem mit aller „Staatskunst" diesmal noch verwischen, die revolutionäre Entwicklung wieder mit verfassungsmäßiger Tünche zu verdecken suchen, in kurzer Zeit wird doch das Problem in zwingender unausweichlicher Klarheit wieder vor uns stehen, wird der Augenblick kommen, **wo die geschlossenen Massen des arbeitenden Volkes die Geschicke Deutschlands selbst in die Hand nehmen.**

Bis dahin gilt es zu erwägen, welchen Schwierigkeiten eine Arbeiterregierung außenpolitisch gegenübersteht. Schon jetzt hat man versucht, den Gedanken der Arbeiterregierung als undurchführbar zu diskreditieren, weil angeblich die Ententestaaten ihr keine Lebensmittel und Rohstoffe liefern, ihr keine Kredite bewilligen würden. Obwohl das russische Beispiel diesen Einwand durch Tatsachen widerlegt, obwohl es klar ist, daß die Welt zum zweiten Male nicht an einem Volke das Experiment wiederholen kann, daß sie am russischen versucht hat, ist die Frage doch so wichtig, daß sie einer ausführlichen Behandlung bedarf, die in einem besonderen Aufsatze folgen wird.

Die Willkür der Reichswehrführer

Die Reichswehr rückt weiter vor.

Der Sonderberichterstatter der Freiheit meldet aus dem Ruhrgebiet:

Der Arbeiterschaft des bergischen Landes ist es bereits gelungen, die von der Front zurückflutenden Truppen unter Aufrechterhaltung der Ordnung durch das bergische Land zu bringen. Nach Schätzung ist die Zahl der in das besetzte Gebiet übergetretenen Personen etwa drei- bis viertausend. Nachrichten über Kämpfe in und um Essen wie überhaupt über die Kämpfe anläßlich der Einnahme der Städte im eigentlichen Ruhrbezirk werden wesentlich übertrieben. Besonders ist nirgends dem Vorrücken der Reichswehr ernsthafter Widerstand geleistet worden. Wenn wirklich die Reichswehr schwere Artillerie gebraucht hat, so nur, um sich den Glorienschein zu verschaffen, als ob sie große Heldentaten begangen hätte. Für die durch das Artilleriefeuer angerichteten Zerstörungen ist nur die Reichswehr verantwortlich.

Nach den vorliegenden Nachrichten ist jetzt im eigentlichen Ruhrbezirk Ruhe und Ordnung vorhanden, besonders, da die besonnenen Elemente der Arbeiterschaft durchaus die Oberhand haben. Die Zurückführung der Reichswehr aus der neutralen Zone ist also jetzt durchaus möglich. Wenn die Zurückziehung der Reichswehr aber nicht erfolgt, so anscheinend, weil die Militärs die Bildung der Ortswehren in diesem Gebiet verhindern wollen und den Gedanken des Vormarsches in das bergische Land durchaus noch nicht aufgegeben haben.

Obwohl Werden südlich der Ruhr liegt, ist es von der Reichswehr besetzt, auch die Stadt Iserlohn ist von der Reichswehr besetzt, obwohl sie ganz außerhalb des Gebietes liegt, das nach Angabe der Regierung von der Besetzung betroffen werden soll.

Das ist also ein offener Bruch der zugesagten Bedingungen für den Einmarsch der Reichswehr. Die antibolschewistische Hetze hat wieder außerordentlich großen Umfang angenommen. Die verbotenen Werbungen von Zeitfreiwilligen werden von Münster aus mit größtem Nachdruck und anscheinend mit Unterstützung der Schwerindustriellen betrieben. Die Nachrichten über Greueltaten der Reichswehr häufen sich. Die Lage in Hagen hat sich besonders verschärft.

*

Dieser Vormarsch südlich der Ruhr ist ein Bruch der früheren Versprechungen, die die Regierung eben erst den Arbeiterorganisationen gegeben hat. Ist die Regierung nicht in der Lage, ihren Militärs Vorschriften zu machen, oder richtiger, die Befolgung ihrer Vorschriften durchzusetzen.

Die Nachrichten über Greueltaten der Reichswehr mehren sich. Ist die Regierung nicht imstande, eben der verhetzten, blutgierigen Soldateska Zügel anzulegen? Sie ist es, wenn sie ernstlich will — sie brauchte nur die Vorgesetzten für die Ausschreitungen ihrer Untergebenen verantwortlich zu machen. Weshalb geschieht das nicht?

*

Wieviel Truppen sind im Ruhrgebiete?

Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung die Zahl der Truppen im Ruhrgebiet folgendermaßen berechnet: Die Truppen, die bei Wunsted stehen und auf Essen und Mülheim marschieren, umfassen 14 Bataillone, 4 Eskadrons und 13 Batterien, zusammen 20 000 Mann. Dazu kommen die Truppen, die sich der Stadt Duisburg und Ruhrorts bemächtigt haben, ferner 30 000 Mann, die gemäß der Note vom 9. August 1919 als Polizeitruppen in der neutralen Zone bleiben dürfen, im ganzen also 100 000 Mann deutsche Truppen, die sich auf dem rechten Rheinufer befinden, das nach dem Versailler Friedensvertrag vollkommen frei von deutschen Truppen bleiben soll. Diesen 100 000 Mann stehen nur 10 000 Spartakisten gegenüber. Ferner wird betont, daß die Städte durch die Beschießung mit Artillerie schwer beschädigt werden.

*

Der Berliner Lokalanzeiger glaubt, diese Angaben mit der Bemerkung abtun zu können, diese Zahlen seien so phantastisch, daß sich eine Polemik erübrige. Mögen auch diese Zahlen zu hoch gegriffen sein, so ist doch ebenso sicher, daß die von der deutschen Regierung angegebenen Zahlen viel zu niedrig sind, ganz abgesehen davon, daß ja auch die bewaffneten Sicherheits- und Einwohnerwehren berücksichtigt werden müssen, die jetzt planmäßig durch bürgerliche Elemente bedeutend verstärkt werden.

Berlin, 8. April. (W. T. B.) Wie von amtlicher Seite gegenüber dem französischen Funkspruch Lyon an alle vom 6. April abends mitgeteilt wird, ist es unwahr, daß 130 000 Mann deutsche Truppen im Ruhrgebiet operieren. Am 5. April haben dort vielmehr 43 800, davon 15 000 innerhalb der durch den Friedensvertrag festgesetzten neutralen Zone operiert.

Die bisherigen Verluste der Reichswehr

betragen nach dieser Darstellung etwa 200 Tote und [illegible] Hundert Verwundete.

Düsseldorf, 8. April. Die bisherigen Gesamtverluste der Reichswehr betragen nach einer Meldung der Düsseldorfer Freien Presse 170 Tote, 350 Verwundete und 120 Vermißte.

*

Was man in England denkt.

Die Times teilen mit, daß eine Verständigung zwischen England und Frankreich über die Besetzung der deutschen Städte durch französische Truppen bald zu erwarten sei. Das Lloyd George nahestehende Daily Chronicle schreibt: Die ganze Episode würde dadurch aus der Welt geschafft werden, daß sowohl die Deutschen wie die Franzosen ihre Truppen zurückziehen.

Paris, 8. April. Der Oberste Rat hielt gestern eine Sitzung ab, in der er die Lage im Ruhrgebiet gründlich beriet. Abends reiste Lloyd George nach London zurück. Heute wird eine Kabinettssitzung unter seinem Vorsitz stattfinden.

*

Ein läppischer Grußzwang.

Frankfurt a. M., 8. April (W. T. B.) Der französische Befehlshaber des Bezirks Frankfurt, Oberst Winvegnes, hat angeordnet, daß die uniformierten Deutschen, die der Heeresmacht, der Polizei, der Feuerwehr, und der Zoll- und Forstverwaltung angehören, zum Gruß der Fahnen und der uniformierten Offiziere der alliierten Mächte verpflichtet sind.

Der Militarismus bleibt sich in seiner dummdreisten Aufgeblasenheit und Borniertheit eben überall gleich. Er ist eine Kulturschmach, von der sich alle Völker mit größter Beschleunigung befreien sollten.

Die Regierung schläft weiter.

Nach dem 18. März 1848 dauerte es immerhin drei Monate, bis sich die Militär-Reaktion wieder vorwagte und Freiligrath den Schatten der Toten beschwören mußte, um die Lebenden auf die Gefahr der Gegenrevolution aufmerksam zu machen. Nach dem 18. März 1920 dauerte es nicht einmal drei Tage, und das alte Spiel der Reaktion triumphierte. Die alte Regierung war verbohrt, die neue Regierung ist machtlos, weil auch sie die einzige Stütze der Revolution, das Proletariat, nicht zum Kampfe gegen die Reaktion aufrufen will. Sogar die rechtssozialistische Partei wird stutzig und ihre Presse beginnt endlich, dieselbe Kritik zu üben, die wir seit Monaten geübt haben. So schreibt der Vorwärts:

„Seit Wochen erheben wir gegen das Reichswehrministerium den Vorwurf, daß nichts geschieht, um Unteroffiziere und Mannschaften, die sich von ihren Offizieren nicht zum Verfassungsbruch mißbrauchen ließen, vor der Rache ihrer Vorgesetzten zu schützen. Wir haben immer wieder auf die Tatsache hingewiesen, daß an Stelle der Meuterer die treuen Männer auf das Pflaster fliegen. Und so viel wir auch an Material beibrachten, stellt das Vorgebrachte nur einen Bruchteil der Vorkommnisse dar. Das Wenigste, was wir erhofften, war eine Verhinderung weiterer Frechheiten der rechtsbolschewistischen Revolteure. Wir haben damit das Gegenteil erreicht! Nicht nur, daß nichts geschieht; es werden vielmehr in den Truppenteilen, deren Klagen wir vorbrachten, die „Säuberungsaktionen" gegen verfassungstreue Leute beschleunigt. So fühlen sich die Herren in Potsdam (das heute noch wie ein gegenrevolutionäres Heerlager aussieht) stark genug, alle Leute, die sich an der von uns oben erwähnten Eingabe an die Regierung beteiligt haben, ohne jede Frist auf die Straße zu werfen. In ihren Entlassungszeugnissen wird von „schweren Verfehlungen" geschrieben. Doch nicht nur in Potsdam. Von allen Seiten kommt uns Kunde. So werden in Detmold beim dortigen Reichswehrregiment, das dem Oberbefehl General Watters untersteht, die Entlassungen der Leute und Unterführer rücksichtslos durchgeführt, die während der Kapp-Zeit die Frechheit besessen hatten, die Herren Offiziere um klare Stellungnahme zu ersuchen. Wir haben es satt, uns weiter von gegenrevolutionären Landsknechten verhöhnen zu lassen und ersuchen den Reichswehrminister nachdrücklich, von seiner Existenz endlich etwas merken zu lassen!"

Die Chemnitzer Volksstimme spricht in einem Artikel, den wir Wort für Wort unterschreiben können, von der „Seelenblindheit" der neuen Regierung gegenüber dem schamlosen Treiben der Offiziere in der Reichswehr. Ueber die Vorgänge im Ruhrrevier schreibt das Blatt:

„In Wesel hat — nicht die seelenblinde Regierung, nein der sehr keck ausblickende General bereits ein Standgericht gegen die — Plünderer eingerichtet. Es wird damit zugehen, ähnlich wie mit dem Lessingschen Wolfe, der vom Hirten die toten Schafe zum Fraß verlangte; er bekam sie nicht, weil zu befürchten war, daß er die kranken für tot und die gesunden Schafe für krank ansehen werde. Der getreue Herr General Watter bekam die Plünderer; er wird die Kommunisten für Plünderer und die Sozialdemokraten für Kommunisten ansehen; er wird demokratische Mannschaften aus seiner Truppe entfernen; er wurde gehalten, trotzdem seine Entfernung die Lage im Ruhrgebiet völlig entspannt hätte, würde aus militärischen Prestigegründen (dieses unglückselige Prestige) gehalten und damit die Franzosen nach Frankfurt gelockt.

Wehe einer Regierung, die die Zeichen der Zeit verkannte; Lernten Ebert und David, die eigentlichen Macher der Regierung Müller, nichts an dem Morgen, als sie im Auto von Berlin nach Dresden fuhren? Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Das Proletariat, und zwar diesmal das gesamte, trägt nur Verachtung für die Schwächlinge, die die Früchte des grandiosen März-Kampfes nutzlos vertun!

*

Die Landsknechte von Döberitz.

Terror schlimmster Art, so stellt der Vorwärts fest, üben die Landsknechte von Döberitz, die immer noch nicht entlassenen oder aufgeteilten Mannschaften der Brigade Ehrhardt, aus. Von allen Gebäuden flattern die schwarzweißroten Fahnen und unter dem Schutz der am Putsch beteiligten Offiziere, die immer noch „ihrem Schicksal entgegensehen", wird alles, was nicht schwarzweißrot denkt, zwar nicht an die Wand gestellt, aber immerhin mundtot gemacht. Die hundertundzwanzig Mann von der Etappenkommandantur in Döberitz sind treue Republikaner und zum Teil Mitglieder des Republikanischen Führerbundes. Da sie es nicht für eine Schande halten, inmitten der Republik Deutschland Republikaner zu sein, beschafften sie sich aus eigenen Mitteln die offizielle Fahne der Republik Deutschland — Schwarzrotgold und hißten sie am Ostersonnabend auf ihrem Gebäude. Am nächsten Morgen war sie verschwunden — wo, wissen die Landsknechte von der Brigade Ehrhardt. Plakaten und Flugzetteln, die für den Republikanischen Führerbund werben sollten, ging es nicht besser. Als die Mannschaften von der Etappenkommandantur gegen diesen Terror Einspruch erhoben, drohte man ihnen mit Waffengewalt, falls sie sich noch einmal mausig machen sollten. Unter den Drohern und Hetzern spielten Offiziere die erste Rolle. Nachts wurden daraufhin den Mannschaften der Etappenkommandantur die Fenster mit Steinen eingeworfen.

Man sollte annehmen, daß die Regierung ein Interesse daran hat, diese verwilderte Truppe mit ihren konterrevolutionären Offizieren baldmöglichst aus dem Reichswehrbestand verschwinden zu lassen. Dem scheint aber nicht so zu sein. Im Gegenteil, wie uns mitgeteilt wird, nehmen die Werbungen für die Marinebrigade Ehrhardt lustig ihren Fortgang. Werbeonkel spielen dabei ein blutjunger Leutnant und zwei Matrosen, auf deren Mützenbändern noch immer (oder schon wieder) das Kaiserlich deutsche ... prangt. Täglich erscheinen neue Leute im Lager Ehrhardt, die sofort eingekleidet und bewaffnet werden. Denn mit Munition und Ausrüstungsgegenständen ist man gut versehen. Man braucht ja nur anzufordern ...

Was schert diese Leute überhaupt die Republik. Für sie ist auch heute noch alles so wie in den Tagen des Putsches. Und so hält man denn einen Bäcker der Bäckereikolonne Niedermeier, der es gewagt hat, der Reaktion während des Kappenstreiches den Dienst zu verweigern, bis auf den heutigen Tag hinter Schloß und Riegel. Wir aber müssen immer wieder fragen, wie lange soll dieses Spiel mit umgekehrten Vorzeichen noch dauern? Bis es wieder zu spät ist?

Das Spiel der Militärs in Mecklenburg.

Während der blutigen Kappwoche stellte sich der Befehlshaber der 9. Reichswehrbrigade, der „Afrikaheld" von Lettow-Vorbeck, hinter die Kapp-Regierung. Erleichtert wurde ihm sein Eidbruch, weil die rechtssozialistisch-demokratische Regierung zu energielos war, die Hilfe der ihr treugebliebenen Sicherheitspolizei, verstärkt durch bewaffnete Arbeiter, anzunehmen. Am Sonntagmorgen nahm Lettow die Regierung in Schutzhaft. Das mecklenburgische Proletariat trat in einen glänzend durchgeführten Generalstreik, die Arbeiterschaft von Rostock und weiter Umgebung bewaffnete sich. Lettows Gewaltherrschaft brach zusammen, obwohl seine Baltikumer Massenerschießungen vornahmen. Nach bekanntem Muster stellte sich nun Lettow wieder hinter die alte Regierung und rief zum Kampf gegen den „Bolschewismus" auf.

Aber an Lettows Stelle trat Generalmajor Weber, welcher sich immer deutlicher als Seecktgenosse entpuppt. Nur einige Tatsachen sollen herausgegriffen werden. Vor wenigen Tagen verurteilte das Kriegsgericht zu Schwerin einen Kanonier, weil er sich geweigert haben soll, gegen Rostock zu kämpfen, welches sich in den Händen der Arbeiter befand, zu zwei Jahren Gefängnis. In der Urteilsbegründung sagt der Kriegsgerichtsrat, daß es die Pflicht des Kanoniers gewesen sei, gegen links zu kämpfen. In Güstrow wurden gegen 70 Reichswehrsoldaten entlassen, die den Putsch nicht mitmachten. Den Leuten werden die Gebührnisse, selbst die Naturalverpflegung vorenthalten. Generalmajor Weber kann wegen Unzuständigkeit nicht einschreiten. Auch anderwärts werden die regierungstreuen Elemente planmäßig aus der Reichswehr verdrängt. Beim Kriegsgericht führt ein Leutnant Hansen Untersuchungen. Dieser erklärt, in der Reichswehr könnten nur Personen geduldet werden, die, ohne das Für und Wider zu erwägen, die Befehle der Offiziere ausführen. Gegen einen Unteroffizier, der die Freilassung der Minister verlangte, versucht man ein Verfahren einzuleiten, weil er 1916 im Felde übergelaufen sein soll! Aber gegen den Generalmajor Ribbentrop, der Lettow erst zu seinem Vorgehen ermutigt hat, wird nicht eingeschritten. Ebenso verhält sich Generalmajor Weber gegenüber den Wünschen des Regierungskommissars und seiner beiden Beigeordneten, eine Bestrafung aller schuldigen Offiziere vorzunehmen, ablehnend. Er weigert sich, Zivilpersonen, die aktiv zugunsten der Kapp-Regierung tätig waren, in Schutzhaft zu nehmen, obwohl dieses von dem Regierungskommissar und seinen Beigeordneten verlangt wurde. Der eine dieser Beigeordneten, ein Mitglied der U. S. P. D., ist inzwischen zurückgetreten, um durch diesen Rücktritt die Massen zu alarmieren. Der vom Hamburger Senat steckbrieflich verfolgte Oberst v. Wangenheim hat sich im Brigadebereich aufgehalten. Er ist nicht verhaftet worden!

Die Rostocker Arbeiterschaft hat in eine Waffenabgabe eingewilligt, unter der Bedingung, daß das Reichswehrbataillon vorerst nicht nach Rostock zurückkehrt. Die Kompagnieführer dieses Bataillons haben sich am Hochverrat beteiligt, indem sie die Mannschaften durch falsche Angaben zu dem Versuch verleiteten, den Generalstreik in Wismar gewaltsam zu unterdrücken. Generalmajor Weber will den Wiedereinzug des Bataillons in Rostock erzwingen, geht aber gegen die Kompagnieführer nicht vor.

Die Strelitzer Reichswehroffiziere zwangen die strelitzsche Regierung zur Anerkennung der Kapp-Regierung. Mecklenburg-Strelitz schloß ein Abkommen mit der Reichsregierung, daß die Reichswehr dauernd von Mecklenburg-Strelitz fernbleibt. Trotzdem verlangt Generalmajor Weber, daß sich die strelitzsche Regierung „freiwillig" einem Wiedereinmarsch fügt. Die Regierung Müller sieht allem dem tatenlos zu. — Sie ist schon zum Kindergespött geworden und reif zum Sturz!

Das Ende der Einwohnerwehren.

Berlin, 8. April. (W. T. B.) **Das preußische Staatsministerium hat heute beschlossen, die Einwohnerwehren aufzulösen. Im Anschluß an den hierauf bezüglichen Erlaß der Reichsregierung sind die Oberpräsidenten sofort entsprechend angewiesen worden.**

Diese Verfügung hinkt wieder einmal reichlich hinter den Ereignissen her. Die Einwohnerwehren hätten schon längst aufgelöst werden müssen; denn daß sie im Grunde reaktionäre und gegenrevolutionäre Einrichtungen waren, davon hätte sich die Regierung bei einiger Einsicht nicht erst durch den Kapp-Putsch zu überzeugen lassen brauchen. Vielleicht hätte sie aber auch nach den bösen Erfahrungen, die sie in den Märztagen mit den Einwohnerwehren gemacht hat, noch nichts ernstlich zu deren Beseitigung unternommen, wenn die Entente das Fortbestehen der Einwohnerwehren nicht untersagt hätte. Daß es erst dieses Druckes bedurfte, ist nur ein Beitrag mehr zu dem an beschämenden Vorgängen so reichen Kapitel von der Unfähigkeit der deutschen Regierung!

*

Nach einer W. T. B.-Meldung hat der Reichsminister des Innern den deutschen Landesregierungen die gestern veröffentlichte Note des Generals Nollet über die Einwohnerwehren mitgeteilt und folgendes hinzugefügt: „Wenn auch die Ausführungen der Note, die vom militärischen Charakter der Einwohnerwehren spricht, zum größten Teil auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhen, so ist die Reichsregierung zu ihrem Bedauern doch nach Lage der Verhältnisse gezwungen, von erneuten aussichtslosen Gegenvorstellungen abzusehen und die Regierungen der Länder zu ersuchen, die Ausführung des Erlasses alsbald in Erwägung zu leiten. Andererseits aber muß anerkannt werden, daß die Verhältnisse sich infolge der letzten Ereignisse vielerorts so verschärft haben, daß es heute mehr denn je unmöglich ist, der Bevölkerung den Selbstschutz zu verweigern. Auch wird in den Städten mit Rücksicht auf die großen vorhandenen öffentlichen Vorräte und wirtschaftlichen Werte, sowie auf dem Lande die Sorge für die Erhaltung der Nahrungsmittel zur Prüfung nötigen, wie die erforderliche Sicherheit gewährleistet werden kann. Es wird deshalb anheimgegeben, dort, wo ein genügender Schutz durch die Reichswehr, Sicherheitspolizei oder andere Polizeiorgane nicht gegeben ist, demnach für einen Ersatz durch eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende anderweitige Schutzorganisation zu sorgen. Hierbei ist genau darauf zu achten, daß jeder Anschein vermieden wird, der auf Verletzung der in dem Schreiben des Generals Nollet angeführten Bedingungen des Friedensvertrages schließen lassen könnte. Insbesondere ist die Bewaffnung mit Militärgewehren, die nach dem Friedensvertrage abzuliefern sind, unzulässig, und es ist auf eine andere Art der Bewaffnung Bedacht zu nehmen. Jede militärische Uebung ist unter allen Umständen zu unterlassen. Auf erweiterte Zuziehung aus Kreisen der arbeitenden Bevölkerung wird, wo dies bisher nicht geschehen ist, besonders Bedacht zu nehmen sein."

Nun bleibt abzuwarten, inwieweit namentlich der letzte Satz der Erklärung praktische Bedeutung erhalten wird. Doch dafür zu sorgen, daß er sie erhält, das dürfte vor allem Sache der Arbeiterschaft selbst sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200409-11/fragment/page=0002
DFG

Bewaffnung der Arbeiterschaft.

Der militärische Gewaltstreich der Kapp und Lüttwitz und die dabei offen hervorgetretene Unterstützung durch die Reichs- und Einwohnerwehren hat alle nicht von schwärzester Reaktion erfüllten Kreise der Bevölkerung davon überzeugt, daß eine Reorganisation der bewaffneten Macht von Grund auf das erste Gebot der Stunde ist. Aus den Kreisen der von einem Staatsstreich a la Kapp-Lüttwitz am schwersten Betroffenen wurde vom ersten Tage des bewaffneten Ueberfalls an die Bewaffnung der Arbeiterschaft gefordert. Diese Forderungen sind nach der Erledigung des Kapp-Regimes der Regierung sofort unterbreitet. Die Regierung kann sich in der Tat ebenfalls nicht der Einsicht von der Notwendigkeit einer Umgestaltung verschließen. Die Durchführung stößt natürlich auf eine Reihe von Schwierigkeiten.

Solange die Reichswehr von konterrevolutionären Offizieren geführt wird, bildet sie eine stete Gefahr der Wiederholung ähnlicher Streiche, wie wir sie in den Tagen der dritten Märzwoche erlebten. Eine glatte Entwaffnung der Reichswehr wäre das radikalste und schnellste wirkende Mittel. Sie ist aber nicht durchzuführen, solange nicht eine andere bewaffnete Macht vorhanden ist, die diese Entwaffnung vornimmt oder durch ihr bloßes Vorhandensein jeden Widerstand als aussichtslos erkennen läßt. Es muß also zunächst mit anderen Mitteln vorgegangen werden.

Die Einwohnerwehren haben sich bei dem Kapp-Putsch zu einem großen Teil als offene Helfershelfer der reaktionären Offizierskamarilla erwiesen. Auch sie bilden eine stete Gefahr bewaffneter Erhebung gegen das Volk. Ihre Auflösung und Neubildung aus den Kreisen der politisch energischsten Arbeiterschaft muß das nächste Ziel sein. Sodann ist das Augenmerk auf die Sicherheitswehren zu richten. Auch sie haben sich in zahlreichen Fällen als höchst zweifelhafte „Sicherheitsorgane" erwiesen. Zum Teil gingen sie sogar mit fliegenden Fahnen in das Lager der Staatsstreichler über. Es ist daher dafür zu sorgen, daß die Sicherheitswehren mit zuverlässigen Mannschaften durchsetzt, auch das Offizierskorps gründlich gesichtet, alle unzuverlässigen Elemente ausgemerzt und durch Leute ersetzt werden, die durch ihr bisheriges Verhalten keinen Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit lassen.

Als die Reichs- und später die Sicherheitswehren geschaffen wurden, stand die Arbeiterschaft ihnen nicht nur mit Mißtrauen, sondern in größter Feindschaft gegenüber. Sie mißtraute, weil die Haltung der Regierung und die Art der Zusammensetzung der Truppenkörper von vornherein klar erkennen ließen, daß sie in erster Linie als Kampftruppe gegen die betrogene und vergewaltigte Arbeiterschaft dienen sollte. Sie trat in offene Feindschaft, als in der Tat diese Truppen Blutbäder über Blutbäder anrichteten. Es kam so weit, daß ehemalige Angehörige der Reichswehr von den Arbeitern geächtet wurden, wenn sie zu ihrem früheren Berufe zurückkehrten. Dieser Boykott wurde zwar von der Arbeiterschaft bald wieder aufgehoben. Jetzt aber handelt es sich für die Arbeiterschaft darum, den letzten Rest von Abneigung zu überwinden, selbst Leute aus ihren Reihen in die Truppe eintreten zu lassen. Nur wenn die zu allen reaktionären Schandtaten willig Gehorsam leistenden Mannschaften ersetzt werden durch zuverlässige, jedem reaktionären Treiben sich energisch entgegenstellende Personen, ist die Gewähr gegen die Wiederkehr von kappistischen Episoden gegeben. Dies gilt sowohl für die Reichswehr, als für die Sicherheits- und Einwohnerwehren.

Nun können allerdings diese Bewaffnetenformationen, namentlich die der Reichs- und Sicherheitswehren, nicht ins ungemessene vergrößert werden. Ihre Durchsetzung mit im besten Sinne sicheren Leuten setzte also auch Entlassungen, und zwar sowohl von Mannschaften als von Offizieren voraus. Da ist es selbstverständlich, daß die Entlassenen wieder einem bürgerlichen Berufe sich zuwenden können. Wir sind überzeugt, die Arbeiterschaft wird diesen Leuten, sofern sie sich kollegial benehmen, keine Hindernisse in den Weg legen, vielmehr das durch ein mehr oder minder langes Verweilen in der Soldateska in die Irre getriebene Auffassungs- und Urteilsvermögen der zum Zivilberuf Zurückkehrenden wieder durch kameradschaftliches Verhalten in gesunde Bahnen zu lenken versuchen. Meist wird es sich um jüngere Leute handeln, die nicht als Feinde, sondern gleich anderen als Opfer eines Systems zu betrachten sind, das sie allerdings in Verkennung ihrer Pflichten gegenüber der Gesamtheit zu Werkzeugen der Reaktion werden ließ.

Alles in allem: Die Notwendigkeit des Tages erfordert von den Arbeitern die Bereitwilligkeit, auch den gewiß mehr widerwärtigen als verlockenden Dienst der öffentlichen Sicherheit mit allen seinen üblen und guten Konsequenzen nicht nur zu beeinflussen, sondern selbst mit auszuüben. Das ist ohne Eintritt in die Sicherheits- und Wehrformationen nicht möglich. Folglich muß auch diese Konsequenz mit in den Kauf genommen werden. Zugleich aber auch die Bereitwilligkeit, die aus diesem Dienst ausscheidenden Arbeiter nicht als Feinde, sondern als für eine große Sache als Mitstreiter zurückzugewinnende Leute zu betrachten. Ist die Arbeiterschaft dazu bereit, so ist eins der großen Hindernisse, der Entreißung der bewaffneten Macht aus den Händen blindwütiger Reaktionäre überwunden.

Gegen die Verschleuderung von Nahrungsmitteln.

Die Mitglieder der Nationalversammlung Davidsohn, Katzenstein, Löbe, Wissell, Sollmann, Hoch (Rechtssoz.) und die Genossen Kunert und Wurm stellten folgende kleine Anfrage:

Am 17. d. M. teilte der Reichswirtschaftsminister einem Brauerei-Interessenten schriftlich mit, es sei angeordnet, daß den Brauereien „wiederum eine beträchtliche Gerstenmenge geliefert wird".

Ist der Reichsregierung diese Zusage bekannt? Hält sie deren Einlösung angesichts der schwierigen Ernährungslage des deutschen Volkes für zulässig?

Beseitigung der Militärjustiz.

Daß 1½ Jahre nach der Novemberrevolution die barbarische Institution der Militärjustiz in Deutschland noch besteht, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Politik, die das Koalitionskabinett gemacht hat. War die Militärjustiz schon vor dem Kriege längst überlebt und dem gesunden Rechtsempfinden des Volkes unverständlich, so wurde sie jetzt immer mehr zum offenen Skandal. Wir brauchen nur die Namen Marloh und Hiller zu nennen, um diesen Hohn auf eine geordnete Rechtspflege im republikanischen Deutschland gebührend zu kennzeichnen. Die Militärjustiz war ihrem ganzen Wesen nach ein Ueberbleibsel des feudalen Mittelalters. Sie hatte zwei Gesichter: Der Offizier, der vor das Kameradengericht kam, sah nur das freundliche, wohlwollende, der Soldat aber, der von seinen Vorgesetzten abgeurteilt wurde, das grimmige und feindliche.

Nun endlich ist der Nationalversammlung der Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zugegangen. Der grundlegende Artikel 1 lautet: „Die Militärgerichtsbarkeit wird, abgesehen von den Strafverfahren in Kriegszeiten und gegen die an Bord von Kriegsschiffen eingeschifften Angehörigen der Reichsmarine, aufgehoben." Der Gesetzentwurf, der am 1. Oktober d. J. in Kraft treten soll, beruht auf Artikel 106 der Reichsverfassung. Im Zusammenhang mit dieser Vorlage steht ein Gesetzentwurf, der die Einstellung von Heeres- und Marinejustitiaren nebst Sekretären vorsieht. Die Justitiare sind nichtrichterliche Beamte, sie müssen aber die Befähigung zum Richteramt haben. Ihre Ernennung erfolgt durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichswehrministers auf Lebenszeit. Die Ernennung der Sekretäre erfolgt durch den Reichswehrminister auf Lebenszeit. In der Begründung wird gesagt: **Mit der Beseitigung der Militärjustiz hört zwar der entscheidende Einfluß der höheren Kommandobehörden auf das Gerichtsverfahren auf, der lebendige Zusammenhang zwischen beiden aber muß erhalten bleiben.** Ferner ist im Interesse einer sachkundigen Förderung und Beschleunigung des Verfahrens in Militärstrafsachen eine weitgehende Mitwirkung der Militärbehörde, besonders im Wege der Rechtshilfe, von größtem Werte."

Wir behalten uns eine nähere Kritik dieses Entwurfes vor, der viele Halbheiten zeigt, und der der alten Militärjustiz allzuviel Hintertürchen läßt.

Die bayerischen Kappisten.

Wir berichteten bereits kurz über die Enthüllungen der mehrheitssozialistischen Münchner Post, die an der Hand von Dokumenten den Nachweis für eine in Bayern organisierte gegenrevolutionäre Verschwörung des Militärs mit Dr. Heim, dem bekannten separatistischen Zentrumsführer, erbrachte. Der Inhalt dieser Enthüllungen ist nach der Germania folgender:

„Am 21. Februar hat bei Dr. Heim eine Sitzung stattgefunden, in der der bekannte, inzwischen ermordete Fliegerhauptmann Berthold von der „Eisernen Division" einen Vortrag über das Bestehen der militärischen Vorbereitungen zur Erneuerung und Gesundung Bayerns gehalten hat. Hauptmann Berthold hat Dr. Heim gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Dieser hat sich zur Bildung und Uebernahme der Regierung bereit erklärt und einen Vortrag über die Bildung einer Bauernorganisation gehalten.

Erwogen wurde die Trennung in einen norddeutschen und einen süddeutschen Block und die

Fühlungnahme mit Frankreich.

In einer Entschließung einigte man sich auf folgende Punkte: Keine Trennung zwischen Preußen und Bayern, Diktator Ludendorff, der Bayrische Heimatbund vereinigt unter dem Titel „Antibolschewistische Liga" die gesamten Vorbereitungen für Bayern und schließt sich an die gleichartige preußische Organisation an. Den ersten Schlag führt die Wache. Vier Offiziersblocks in München, Nürnberg, Würzburg und Passau bereiten ihn vor. Aufstellung eines Generalstabes unter v. Lossow und dreier Armeekorps: das erste provisorisch unter Hauptmann Dietl, definitiv unter Oberst v. Epp; das zweite Armeekorps unter Oberleutnant Kuhn, definitiv Oberstleutnant Herrgott; das dritte unter Hauptmann Heiß, definitiv Oberst v. Danner. Das Oberkommando übernimmt nach erfolgtem Schlag General Krafft v. Delmensingen. Den militärischen Armeekorps entsprechen drei zivile Armeekorps. Die Mobilisierung von Regierung und Zivil wird durch Dr. Heim mit den maßgebenden Stellen des zivilen Wirtschaftslebens besorgt. Dr. Heim war dabei die Rolle des Zivil- und Wirtschaftsdiktators zugedacht. Man wollte u. a. schwarze Listen aufstellen."

Dr. Heim dementiert allerdings seine merkwürdige Rolle bei diesem aufgelegten Hochverrat, genau wie das schon durch das Gruppenkommando Moehl geschehen ist. Er erklärte einem Ausfrager der Täglichen Rundschau u. a.: Hauptmann Berthold und Oberleutnant Kuhn haben sich bei mir angemeldet und sind von mir empfangen worden. Ich habe diese beiden Herren zum erstenmal in diesen Tagen und dann niemals wiedergesehen. Mit keiner Silbe sprach man von einem Putsch. Die Namen Kapp und Lüttwitz sind überhaupt nicht gefallen. Ich habe den Herren gegenüber ausdrücklich erklärt, daß jede irgendwie geartete gewaltsame Politik eine Torheit wäre, besonders angesichts der Tatsache, daß auf dem Gebiete der Ernährung keinerlei Störungen und keinerlei Behinderungen in der Anfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande ertragen werden könne. Ich habe unter anderm gesagt: Wenn es gelingen würde, in Berlin einen Kaiser in München einen König einzusetzen, so wäre die Monarchie in spätestens drei Monaten erledigt.

Die Kämpfe bei Kottbus.

In Kottbus und in der ganzen Niederlausitz setzte die Abwehraktion gegen den Kapp-Putsch geschlossen ein. Der Generalstreik wurde strikt durchgeführt. Die Reichswehr in Kottbus stellte sich unzweideutig auf den Boden der Kapp-Lüttwitz-Regierung. Der Kommandeur, Major Buchrucker, nahm scharf gegen den Generalstreik Stellung und ließ Plakate zum Schutz der Arbeitswilligen ankleben, wobei er sich auf Noske berief. Das provozierende Verhalten der Reichswehr führte rasch zu dem ersehnten Ziel der reaktionären Offiziersclique: In den Straßen von Kottbus floß Blut. Die Druckerei unseres Parteiblattes wurde zerstört. Da auch Angehörige des Bürgertums der Soldateska zum Opfer gefallen waren, war die Empörung der Bevölkerung allgemein. Man schrie nach Waffen! Die Waffen der Einwohnerwehr waren während der Nacht von der Reichswehr geraubt worden, die außerdem eine große Zahl von Zeitfreiwilligen eingezogen hatte und alle Vorbereitungen zu einem reaktionären Schreckensregiment traf. Da eilten bewaffnete Arbeiter aus der Niederlausitz, die durch Entwaffnung von Einwohnerwehren und reaktionären Landgemeinden in den Besitz von Waffen gelangt waren, zum Schutze der bedrohten Kottbuser Bevölkerung herbei. In mehrtägigen Kämpfen, bei denen auch Artillerie verwendet wurde, gelang es den kämpfenden Arbeitern, trotz mangelhafter Organisation und Verpflegung, durch ihren begeisterten Kampfeswillen und und ihre überlegene Gefechtskraft die Reichswehr in ihre Kaserne zurückzudrängen und dort festzuhalten. Ein Panzerzug von Frankfurt a. O., der der blockierten Reichswehr zu Hilfe eilen wollte, wurde zum Stehen gebracht und die Eisenbahnschienen vor und hinter dem Zuge gesprengt. Der Kommandeur der Reichswehr suchte nun durch eine Mittelsperson Verhandlungen anzubahnen und es kam zu einer Art von Waffenstillstand. Eine Fortführung der bewaffneten Aktion durch die Arbeiterschaft kam angesichts der Gesamtlage nicht in Frage. Die Rechtssozialisten waren beim Beginn der Kämpfe aus dem Aktionsausschuß ausgeschieden und verhielten sich passiv. Die Zahl der Toten belief sich bei der Arbeiterschaft auf 21, die Zahl der Verwundeten auf 16. Die Reichswehr verheimlichte ihre Verluste, die bedeutend höher sein dürften. Alles in allem hat sich die Arbeiterschaft der Niederlausitz wacker geschlagen.

Böswilligkeit oder Unfähigkeit?

Immer wieder tritt in der rechtssozialistischen Polemik gegen die programmatischen Forderungen der U. S. P., insbesondere gegen ihre Anerkennung der Diktatur des Proletariats, eine Argumentation zutage, die vielleicht nicht bewußt gewollt, aber doch sachlich eine politische Falschmünzerei ersten Ranges darstellt. So lesen wir in einem Leitartikel der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in Kiel vom 6. April, der sich mit dem Problem der wünschenswerten sozialistischen Einheitsfront gegen rechts bei den kommenden Wahlen beschäftigt, über die Diktatur des Proletariats folgendes:

„Diktatur setzt die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit voraus. Sie setzt auch die Gewaltanwendung voraus (?), weil eine Mehrheit ohne Gewalt sich niemals unter die Herrschaft einer Minderheit beugen wird.

Es ist natürlich blühender Unsinn, wenn so der U. S. P. die Absicht unterschoben wird, eine Diktatur der Minderheit aufrichten zu wollen. Wenn uns doch die Ausleger unseres Programms von rechts und links nur ein einziges Mal die Stelle zeigen wollten, wo das geschrieben stünde oder auch nur angedeutet wäre. Ob man die Herrschaft des Proletariats — das ja nach dem Urteil der Volkszeitung rund 95 Prozent der Bevölkerung ausmacht — überhaupt eine Diktatur nennen kann (dann wäre die Herrschaft jeder Mehrheit eine Diktatur) bleibe dahingestellt. Unsinnig aber ist es auf jeden Fall, die proletarische Diktatur mit der Gewaltanwendung einer Minderheit über eine Mehrheit gleichzusetzen. Im übrigen empfehlen wir allen Gegnern der Diktatur des Proletariats, zumal den sozialistischen, recht genau die einschlägigen Kapitel bei Marx und Engels sorgfältig unter Berücksichtigung des gegen ihre Logik Gesagten nachzulesen. Vielleicht geht ihnen dann doch endlich mal ein Licht auf.

Sozialistischer Zusammenschluß auf dem Balkan.

Wie in allen Staaten, die am Kriege teilgenommen haben, ist auch die in den vier Balkanstaaten geschaffene Lage äußerst gespannt. Die Konzentration der Kapitalien, die Monopolisierung der Produktions- und Tauschmittel, die industrielle Aufwärtsentwicklung der Industrie haben die soziale Struktur umgewandelt. Die Klassengegensätze verschärfen sich von Tag zu Tag und das alles, Hunger und Elend, ist das Werk der Regierenden, mögen sie Venizelos oder Bratianu, Stamboulowsky oder Stojanowitz heißen.

Die letzten Gemeinde- und Landeswahlen in Bulgarien brachten dem Sozialismus einen Triumph. In Rumänien, Griechenland, Jugo-Slawien werden die proletarischen Organisationen von Tag zu Tag stärker. Ueberall dort, mehr vielleicht wie anderswo, ist es der Einfluß der russischen Revolution, der auf die Massen wirkt.

Die sozialistischen Parteien des Balkans haben seit 1915 die Notwendigkeit der Einigung eingesehen. Im Juni 1915 fand eine Konferenz der Balkan-Sektionen der Internationale in Bukarest statt, die mit der **Bildung einer sozialistischen Balkan-Föderation** endigte. Aber der Krieg unterbrach jede gemeinsame Aktion und erst im Jahre 1919 konnten die Verbindungen wieder aufgenommen werden.

Im letzten Januar sind nun die Delegierten aus den vier Richtungen der Halbinsel in Sofia zusammengekommen, sind sich über ihre zukünftigen Aktionen klar geworden und haben erneut die Schaffung der kommunistischen Balkan-Föderation beschlossen. In einer der angenommenen Resolutionen erklärt die Konferenz, daß die Völker nach vier Jahren Krieg nicht einmal ihre nationale Einigung und das Verschwinden der nationalen Unterschiede erreicht haben, sondern daß sie sogar aus dem brudermörderischen Krieg unter Bedingungen getreten sind, die mehr denn je den Keim zu zukünftigen Konflikten in sich bergen. Nur die sozialistische Balkan-Republik könne die Ordnung und den Frieden in der ewig beunruhigten Halbinsel herstellen und die vier Staaten vor dem Bankrott retten. — Zur Erreichung dieses Zieles setzt die durch die vier sozialistischen Parteien vertretene Konferenz (die Kommunistische Partei Bulgariens, die Sozialistische Arbeiterpartei Jugo-Slawiens, die griechische Sozialistische Arbeiterpartei und die Sozialistische Partei Rumäniens) ihre Hoffnung auf **die Revolution und die Diktatur des Proletariats, die ausgeübt werden soll durch die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte.** Damit diese Politik gelinge, hat die Konferenz den revolutionären Kampf gutgeheißen und den **Anschluß der gegründeten Föderation an die kommunistische Internationale** ebenso wie ein festes Zusammenschweißen der Koalition der vier Parteien beschlossen.

Außer diesem allgemeinen Beitritt der Föderation zu der Moskauer Organisation haben die Landesparteien in Bulgarien, Jugo-Slawien und Rumänien dieses schon auf ihren Landeskongressen getan. Der Anschluß ist auch von der Parteileitung der griechischen Partei beschlossen worden und diese Entscheidung wird dem Kongreß unterbreitet werden, der jetzt am 18. April stattfinden wird.

Wo sich Noske wohlfühlt.

Die Frage, die heute noch viele neugierige Gemüter beschäftigt: Was ist aus Noske geworden? wird durch eine Zuschrift in der Berliner Volkszeitung beantwortet. Danach hat Gustav Noske in vergangener Woche in der Potsdamer Zeitung eine Fünfzimmerwohnung gesucht. Die bürgerliche Volkszeitung erlaubt sich dazu folgende bezeichnende Glosse: „Man denke: der erste republikanische (und „sozialistische") Reichswehrminister ausgerechnet in Potsdam! Wie wohl muß dieser Mann sich zwischen seinen „Lüttwitzen" gefühlt haben!" — Also nach Potsdam? „Fahr wohl, Justav. Da gehörst du hin!"

Die Arbeiterschaft von Plauen für Hölz?

Der Aktionsausschuß von Plauen i. V., dem Hölz bisher nicht angehörte, erstattete in vier überfüllten Versammlungen über seine Tätigkeit Bericht und nahm Stellung gegen die Politik des Hölz. Betont muß werden, daß alle drei sozialistische Parteien und die Gewerkschaften diese Stellung einnehmen. Trotzdem wurde die Resolution abgelehnt, in der die Taten des Hölz verurteilt wurden und verlangt wurde, er möge seine Tätigkeit in Plauen einstellen und die weiteren Maßnahmen dem Aktionsausschuß überlassen. Es kam zu äußerst stürmischen Szenen, da Hölz selbst im Auto gekommen war und in allen vier Versammlungen gegen den Aktionsausschuß sprach. Man sprach ihm das Vertrauen aus und beschloß, er solle dem Plauener Aktionsausschuß beitreten, währenddessen andere Mitglieder auszuscheiden hätten. Wir bedauern diesen Beschluß, da wir nach wie vor die Taktik Hölz' für vollkommen verfehlt und verderblich halten. Die Zukunft wird uns recht geben.

Es wird noch gemeldet, Hölz sei aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Wir können diese Nachricht nicht prüfen; Tatsache ist jedenfalls, daß Hölz durch seine anarchistische Taktik sich längst auch außerhalb der Kommunistischen Partei gestellt hat.

Die Streikbewegung in Dänemark

dauert an. In Kopenhagen haben die Hafenarbeiter die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen, ebenso ruht die Arbeit auf den meisten Bauplätzen. Die Metallarbeiter feiern gleichfalls; auch der Bäckerstreik ist nicht beendet.

Polnisch-russische Friedensverhandlungen.

Einem drahtlosen Telegramm aus Moskau zufolge hat die polnische Regierung dem Vorschlag Sowjetrußlands, in einem neutralen Lande eine polnisch-russische Friedenskonferenz abzuhalten, zugestimmt. Die Verhandlungen sollen bereits am 10. April stattfinden, und zwar wahrscheinlich in Reval.

Notizen.

Der Friede mit Rumänien ratifiziert. Nach einer Temps-Meldung aus Bukarest hat der Ministerrat durch Dekret den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert unter dem Vorbehalt der späteren Genehmigung durch das Parlament.

Eugen Ernst z. D. Die preußische Staatsregierung hat beschlossen, den bisherigen Polizeipräsidenten von Berlin, Eugen Ernst, zur Disposition zu stellen und an seiner Stelle den Polizeipräsidenten von Charlottenburg, Richter, zugleich zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Berlin zu ernennen. Herr Richter amtiert bereits seit der Kappiade in Berlin. Sein Amtsvorgänger Eugen Ernst, der frühere langjährige Vorsitzende der Berliner Sozialdemokratie, hinterläßt als Polizeipräsident kein gutes Angedenken. Er hat sich durch parteiische Geschäftsführung als ein wütender Gegner des revolutionären Proletariats erwiesen.

Eine Regierungserklärung. Auf der Tagesordnung der Montagssitzung der Nationalversammlung, die nachmittags 3 Uhr beginnt, steht als erster Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Auch Erzberger schreibt Memoiren! Wie aus Stuttgart gemeldet wird, will der vielgeschäftige Matthias, der sich jetzt in Jordansbad bei Biberach aufhält, demnächst seine Erinnerungen aus den Jahren 1914 bis 1920 herausgeben. Wenn er da der Wahrheit die Ehre gibt, wird man viel Interessantes erfahren. Uebrigens wird Erzberger durchaus nicht vom politischen Leben abtreten, da ihn das württembergische Zentrum als Reichstagskandidaten aufstellen will.

Karl Binding, der hervorragende Strafrechts- und Strafprozeßlehrer der Universität Leipzig, ist in seinem jetzigen Wohnort Freiburg i. B. im Alter von 78 Jahren gestorben.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Johann Janßen; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200409-11/fragment/page=0003

Versammlungsanzeiger U. G. F. D. Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24.
Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.
Fernsprecher 1473.

Mitgliederversammlungen.

Döllnitz.
Sonnabend, den 10. April, abends 7 Uhr, im Gasthaus zum goldenen Stern.

Rothenburg.
Sonntag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum Schützen.

Anträge auf Ausschluß liegen vor gegen die Genossen
David Felixbrodt u. Hermann Felixbrodt.
220 Der Vorstand.

Sonntag den 11. April 1920, vorm. ½9 Uhr, im großen Saal des **Volkspark:**

Volks-Versammlung.

Genosse **Rück-Stuttgart** spricht über:

Von der Militärdiktatur zur Rätediktatur. 197

In Anbetracht des für jedermann äußerst wichtigen Themas sieht zahlreichem Besuch entgegen
Kommunistische Partei (Spartakusbund), Ortsgruppe Halle.

Achtung! Eisenbahner. Achtung!

Deutsch. Eisenbahnerverband
Ortsgruppe Halle (S.).

Sonnabend, 10. April, abds. 7 Uhr, im Volkspark:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Der Generalstreik und seine Lehren.
2. Der Abschluß des Tarifvertrages.

Diese wichtige Versammlung darf kein Kollege versäumen, erscheint deshalb in Massen.

Mitgliedsbuch legitimiert.
218 Die Ortsverwaltung.

Freie Sozialistische Jugend Deutschlands
Ortsgruppe Halle a. d. S.,
Jugendheim Rathausstr. 16.

Sonntag, den 11. April 1920, abends 7 Uhr, findet im „**Volkspark**" (Kleiner Saal) ein

213 **Eltern-Abend**

zur Einführung der schulentlass. Jugend statt.

Eintrittsgeld für Erwachsene 1,00 Mk., Mitglieder der Fr. S. J. 0,80 Mk., **Schulentlassene frei.**
Am gleichen Tage von 3—5 Uhr steht Interessenten das Jugendheim zur Besichtigung auf.
Um zahlreichen Besuch bittet **Fr. S. J.**

Krankenversicherungs-Verein des Maurergewerks u. verwandt. Berufsgenossen zu Halle u. Umgeg.

Sonntag, den 11. April 1920, vormittags 10 Uhr, in der Goldenen Kette, Alter Markt:

: General-Versammlung :

Tagesordnung: 190
1. Kassen- und Geschäftsbericht.
2. Vorstandswahl.
3. Erhöhung der Leistungen und Beiträge.
4. Vereinsangelegenheiten.

J. A.: **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiterverband,
Bezirksverein Halle a. d. S.

Den Kollegen im Vertragsgebiet Halle zur Kenntnis, daß sich der Stundenlohn ab 6. April einschließlich um **1,25 Mk.** erhöht. Die erste erhöhte Lohnzahlung muß am Freitag, den 9. April, erfolgen. Wo der erhöhte Stundenlohn nicht gezahlt wird, ist uns sofort Meldung zu machen. 219 **Die Ortsverwaltung.**

Verlobungs-Ringe

Eigene Fabrikat. daher 101 billigste Bezugsquelle. Werkstatt mit elektr. Betrieb.
R. Voss, Geiststr. 46.
Gold- und Juwelen-Fabrikant.

Ein- und Verkauf
neuer und gebrauchter Möbel, Polsterwaren, Federbett., Wäsche usw.
Frau Rust,
Sternstr. 6. Sternstr. 6.
Telephon 3579. 8

Schutzmittel! (Wenn z. v. Kinder!) Neuzeitl. empfohlen. Preisliste verschloß. geg. 50 Pf. bei Versandh. Germania Halle, Landsbergstr. 5. 185

Kopfwäsche
Frisieren.
Hauben-Netze
zu billigen Preisen.
Zöpfe
gr. Auswahl, bill. Preise.
Ankauf von ausgekämmtem Damenhaar.
F. O. Siebert,
nur Leipzigerstr. 33.
Tel. 3129.

Grudeöfen zu verkaufen.
185 **Steinweg 59.**

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstr. 51 Fernruf 4681

Erstaufführung!

Hilde Wolter

in ihrem grossen Filmspiel:

Wie das Schicksal spielt!

5 Akte!
Die Tragödie einer Ehe.
Vorführung: 4.00 5.45 7.25 9.15

224 Hierzu:
„O du Quetschfalte meines Herzens!"
3 Akte tollen Humors.

Vereinigte Lichtspiele.

Ab heute.

Germania, Triftstrasse 22.
Aus eines Mannes : Mädchenjahren :
Drama in 5 Akten mit **Erika Glässner.**
Der Badegatte
Ein drolliges Lustspiel in 3 Akten.
Olly und derjenige welcher
Lustspiel in 3 Akten.

Volks-Lichtspiele, Geiststrasse 5.
Henny Porten
in dem entzückenden Lustspiel
Die Fahrt ins Blaue.
222 4 Akte.
Zigeunerblut.
Drama in 4 Akten mit **Grete Lundt.**
Außerdem:
Persönliches Auftreten des Filmschauspielers **Michl Mayr.**

Orpheum, Steinweg 12.
Hungernde Millionäre
Großes soziales Drama in 5 Teilen.
Der Ritt auf dem Riesenrad
Gr. Zirkus- und Detektiv-Drama, 3 Akte.

Ab heute.

Sonnabend und Sonntag von 3 bis 5 Uhr Jugendvorstellung.

Ab heute.

U.T

Leipziger Straße 68 Fernruf 1224.
Alte Promenade 11a Fernruf 5738. 225

Auf vielseitigen Wunsch!
Carmen
mit
Pola Negri
Harry Liedtke
Drama in 6 Akten.
Vorführ.: 4.20 7.30 8.50.

Unter den Getöteten
Sensationsfilm in 1 Akt.

Moosbach i. O.
Naturaufnahme.

Beginn 4 Uhr.

Erstaufführung!
Enis Aldjelis,
die Rose des Ostens
Orientalischer Liebesroman in 5 Kapiteln.
Vorführ.: 4.30 6.40. 8.50.

Der Klaviervirtuose
Lustspiel in 2 Akten mit
Carl Alstrup.
Vorführ.: 4.00 6.10 8.20.

Beginn 4 Uhr.

Die Abendvorstellungen beginnen 8.15 Uhr.

Allgemein. Konsumverein, Halle u. Umg.
e. G. m. b. H.

Dienstag, den 13. April cr., abds. 7 Uhr, im „Volkspark":

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht über das abgelaufene Geschäftshalbjahr 1919/20.
2. Erwerbung des Grundstückes des Konsumvereins Döllnitz e. G. m. b. H. in Liquidation.
3. Abänderung der §§ 9 und 11 des Statuts (Erhöhung des Anteils und der Haftsumme).
4. Abänderung der Sterbe-Unterstützungsordnung.
5. Erhöhung der Remuneration für den Aufsichtsrat.

Der Aufsichtsrat: Fr. Hoffmann. J. Hennicke. 90
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Zum
Schulanfang

Knaben-Anzüge
kleidsame Formen
tragfähige Stoffe.

Zum ersten Male wieder lieferbar
Bleyles
gestrickte
Knaben-Anzüge

Sweater-Anzüge, einzelne Sweater, einz. Stoffhöschen,
*** Schüler-Mützen ***
Knaben- und Mädchen-Stiefel.

S. Weiss am Markt.
210

Ansichtskarten
empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Bio
Gr. Ulrichstrasse.

Ab heute der unübertreffliche
Harry Piel
der größte Detektiv der Gegenwart
in seinem Film 206
Der große Coup.
5 große Akte.

Keine Tricks, keine Bluffs, sondern echt beängstigende Sensation.

Nur kein Neid!

Ich zahle immer noch die höchsten Tagespreise für alle Sorten
Felle. 64
Paul Günther, Graseweg 8.
Geschäft für sachgemäße Zurichtung und Verarbeitung von Fellen, auch für Privatkundschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200409-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 9. April 1920.

Rechtssozialistische Helfer der Reaktion.

Als am Morgen des 13. März die Berliner Ereignisse in Halle bekannt wurden, kamen einige führende Persönlichkeiten des in Halle sporadisch vorhandenen Häufleins rechtssozialistischer Spießbürger zu unseren Genossen und flehten um deren Mitwirkung beim Generalstreik. Dieser war im Augenblick, da der militärische Kopf der reaktionären Hydra sich erhob, für die revolutionär-sozialistische Arbeiterschaft selbstverständlich; ebenso selbstverständlich war es aber auch, daß man den schwankenden Gestalten, die durch ihre Unterlassungssünden den Kapp-Putsch mitverschuldet hatten, kein entscheidendes Mitbestimmungsrecht bei der Abwehraktion einräumen konnte, zumal sie ja nur Offiziere ohne Soldaten waren und nach ihrem bisherigen Verhalten nicht die Gewähr boten, daß sie das Gebot der Stunde nicht verwässern würden. Aus Aerger darüber verleumden sie die Hallische Arbeiterschaft in geradezu unglaublicher Weise. Die Volksstimme, das hiesige Sprachrohr des kleinbürgerlichen Sozialismus, bringt in zwei Nummern lange Schilderungen über die Vorgänge in Halle und „beweist", daß an allem Uebel nur die U. S. P. die Schuld trage. Ein paar Kostproben aus den erwähnten Artikeln möge der sozialistischen Arbeiterschaft das wahre Gesicht der Rechtssozialisten nach dem Zusammenbruch des Staatsstreiches zeigen. Das Blättchen schreibt:

„Daß die Unabhängigen in Halle diese enge Geschlossenheit nicht herbeigeführt haben, erklärt sich daraus, daß sie weitergehende Absichten verfolgten, als nur den Sturz der Kapp-Regierung. Solche Leute verwirken das Recht, Richter über die Kapp-Rebellen zu sein."

Das jetzt von dem großen Strategen Drescher redigierte Organ freut sich sogar, daß die bewaffnete Arbeiterschaft ihre Forderungen nicht durchsetzen konnte, weil mit ihr „Mißbrauch getrieben" worden sei, denn:

Niemand kann sagen, was aus Halle geworden wäre, wenn diese undisziplinierte bewaffnete Volksmenge siegreich in Halle hätte einziehen können. . . . . Berauscht vom Siege, zahlreich an Masse, bewaffnet und ohne feit-disziplinierte Unterordnung unter eine wirklich autorisierte Führung, was hätten die Folgen eines solchen „Einmarsches" in Halle sein können?! — Die Vorgänge im Ruhrrevier sprechen eine deutliche Sprache."

Damit unterschiebt das Blättchen der revolutionären Kampftruppe die Absicht, daß sie die Abwehr der konterrevolutionären Militäraktion nach Möglichkeit zu ihrem persönlichen Vorteil ausgenutzt haben würde. Die revolutionären Arbeiter, die nicht zögerten, für die Sache der Freiheit ihr Leben einzusetzen, werden mit den nichtorganisierten Plünderern verglichen, die in Duisburg und Mülheim ihr Unwesen trieben. Das ist eine Sprache, die sich jene Hallischen Arbeiter merken sollen, die in ihres Herzens Kämmerlein noch immer den Glauben nähren, daß man bei Aktionen des revolutionären Proletariats mit den Sozialverrätern zusammengehen könne. Von den übrigen zahllosen Verleumdungen wollen wir schweigen. Uns mangelt der Raum, um all den Unsinn zu widerlegen. Man hat drüben nichts aus den Vorgängen am 18. März gelernt. Die Geistesgrößen der Volksstimme gehen Arm in Arm mit Herrn Max Ebeling von der Hallischen Gemeinen Lügenzeitung, der ja auch in der Nr. 81 seines Blattes behauptet, daß nach dem 17. März „der von langer Hand bis ins kleinste vorbereitete Räteputsch einsetzte. Der Kapp-Putsch habe mit dem Räte-Putsch nicht das mindeste zu tun. Und für den Kapp-Putsch tragen diejenigen die Verantwortung, die den Revolutionsboden in Deutschland überhaupt erst schufen, die durch die Untergrabung aller Ordnung in deutschen Landen eine Atmosphäre aufkommen ließen, in der alles gesunde Leben ersticken mußte und die nun auch dem Bolschewismus ein Dasein bereitete. Ohne den 9. November 1918 kein Kapp-Putsch und kein Räte-Putsch."

Es fehlt nur, daß die Regierungssozialisten auch diese Weisheit noch einsehen, dann werden sie nächstens sogar die politische Umwälzung des 9. November, die ihre Väter und Gesinnungsverwandte in die Sessel brachte, verfluchen und die Märzkämpfe als Folge der Ueberwältigung des preußischen Militarismus bezeichnen. Die hiesigen Rechtssozialisten handeln nach dem Grundsatze der Physiokraten: „Laßt es gehen, wie es will." Daß ihre Genossen anderwärts die politische Lage doch etwas anders beurteilen, beweist eine Entschließung vom 6. April des Ausschusses des rechtssozialistischen Bezirksverbandes Magdeburg, worin es heißt:

„Dieser Zustand (das Fortbestehen des reaktionären Militärs) ist unerträglich und kostet der Regierung den letzten Rest von Vertrauen im Volk. Es gibt hier nur ein Entweder—Oder. Die Regierung hat zu wählen zwischen dem reaktionären Offizierkorps oder dem verfassungsmäßigen Volkswillen. Wir haben die ernste Befürchtung, daß die Regierung in ihren Entschlüssen sich nicht freimachen kann von jenen Tendenzen, die in dem Kapp-Lüttwitz-Putsch sich manifestierten. Die sozialdemokratischen Fraktionen der Nationalversammlung und des Landtags wie den Parteivorstand machen wir auf die ungeheure Enttäuschung aufmerksam, die sich aus Anlaß der sich alltäglich bemerkbar machenden Militärreaktion im Volke zeigt. Ist die Regierung zu schwach, sich gegenüber der Militärreaktion durchzusetzen, so halten wir es für richtiger, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung ihre Aemter niederlegen und damit vor den Wahlen zum Ausdruck bringen, daß sie entschlossen sind, dem Volkswillen, als der höchsten gesetzlichen Gewalt, zum Siege zu verhelfen."

So urteilen die Rechtssozialisten anderwärts über die tatsächlich bestehende Lage. Für die Hallischen rechtssozialistischen Lokalgrößen genügte die bloße Versicherung, daß die rebellischen Hochverräter nunmehr wieder hinter der verfassungsmäßigen Regierung stünden, um schleunigst zusammenzuklappen und der gegen den gemeingefährlichen Militarismus kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen. Diese Verräterei läßt sich nicht aus der Welt schaffen, und wenn man der historischen Wahrheit noch mehr Gewalt antun sollte.

Mordende Hochverräter.

Strafantrag gegen die Offiziere des „Abschnitts Nord".

In der Mittwochabend-Ausgabe der Halleschen Zeitung machten die Offiziere des „Abschnittes Nord", die durch die von uns veröffentlichten Greueltaten arg in die Enge getrieben wurden, ihrem bedrängten Herzen Luft. Fünfmal rufen sie aus: Es ist unwahr, daß ein Arbeiter von einem Offizier in der Nacht vom 23. März aus sechs Schritt Entfernung erschossen wurde. Aber ein Beweis für die Unwahrheit wird nicht angeführt. Die Herren scheinen nicht zu wissen, daß sich die Wahrheit nicht wegbefehlen läßt, auch nicht von eidbrüchigen Offizieren. In der gleichen Sache schickt uns das Garnisonkommando wieder eine ebenso naive „Berichtigung":

„In Nr. 80, Beilage vom 6. 4. 20 des „Volksblattes", ist behauptet worden, daß am 23. März 1920 auf dem Korridor der Arrestanstalt der Reilkaserne ein Zivilist, vermutlich ein gewisser Paul Striksner, Trothaerstraße 48, von einem Offizier aus sechs Schritt Entfernung mit einem Gewehr erschossen sei. Diese Behauptung ist in allen Punkten unwahr."

Wie das Kapporgan ferner mitteilt, hat der Abschnitt Nord wegen dieser „unglaublichen Verleumdung" Strafantrag gegen die Redaktion des Volksblattes gestellt! — Ach nu! Die Herren können beruhigt sein! Das haben wir schon lange besorgt. Wir haben bereits am 1. April durch den Zivilkommissar Dr. Schreiber gegen die betreffende Offiziersbestie Strafantrag gestellt. Damit die Herren aber ganz genau im Bilde sind, bringen wir den betreffenden Strafantrag zum Abdruck: Herrn Zivilkommissar Dr. Schreiber, Halle.

Es wird Ihnen noch erinnerlich sein, daß ich in der Sitzung der Militärkommission am 25. März, an welcher auch der bevollmächtigte Vertreter des kommissarischen Oberpräsidenten, Herr Krüger, Merseburg, teilnahmen, gegen das Militär die Beschuldigung erhob, in der Nacht vom 23. zum 24. in der Reilkaserne einen Zivilisten erschossen zu haben. Herr Hauptmann Nagel bestritt ganz entschieden, daß in der Kaserne überhaupt Erschießungen vorgekommen seien und in einem späteren Schreiben des G.-K. an das hiesige Gewerkschaftskartell wurde die erfolgte Erschießung ebenfalls abgeleugnet. Wir haben nun in den letzten Tagen nochmals Nachforschungen angestellt und es ist uns auch gelungen, positive Beweise für unsere Beschuldigung zu erlangen. Der Arbeiter Ludwig Weise, welcher ebenfalls unschuldig verhaftet wurde, war Augenzeuge dieses beispiellosen gemeinen Verbrechens. Aus der beiliegenden Abschrift der protokollarischen Erklärung des Weise werden Sie alles Nähere ersehen. Die Erschießung erfolgte ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren und ist demzufolge ein glatter, feiger Mord. Ich beantrage daher, sofort die Untersuchung und das Strafverfahren gegen die Schuldigen einzuleiten, damit das Verbrechen gesühnt wird.

gez. Frz. Peters.

In der Anlage war dem Zivilkommissar das von uns bereits veröffentlichte Protokoll über die Erschießung des Arbeiters in der Nacht vom 23. März übergeben. Freilich war bis Mittwoch, den 7. April, vom Herrn Dr. Schreiber noch nichts getan. Da uns aber begreiflicherweise sehr viel daran liegt, diese Offiziersbestie unschädlich zu machen, so sind am 8. April besonders wegen der von der Soldateska verübten Greueltaten zwei Genossen beim Oberpräsidenten Hörsing in Magdeburg vorstellig geworden, um zu verlangen, daß im vorliegenden Fall die Untersuchung schleunigst durchgeführt wird. Bei der Besprechung des gemeinen Verbrechens gab Hörsing seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß er bis gestern noch nicht im Besitz des Anklagematerials war und ersuchte unsere Genossen, ihm dies sofort zuzusenden, da Herr Dr. Schreiber so lange auf sich warten ließe.

Wir sind gespannt, was die Offiziere des „Abschnittes Nord" dazu sagen. Immerhin bezweifeln wir, daß sie sich freiwillig stellen und den feigen Mörder ausliefern helfen. Denn die vielgerühmte „Offiziersehre" läßt sich heute auch als Eidbruch oder Meineid definieren. Und auf Meineid steht bekanntlich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch Zuchthausstrafe. Von uns kann jedenfalls die eidbrüchige Offiziersclique der Hallischen Garnison nicht verlangen, daß wir ihren Worten auch nur noch den geringsten Glauben schenken.

Was treiben die Polizeireaktionäre?

Bekanntlich ist in den Tagen des Kapp-Abenteuers auf einstimmigen Beschluß der aus allen verfassungstreuen Parteien zusammengesetzten Militärkommission eine gründliche Reinigung unseres Hallischen Polizeiwesens eingeleitet worden. Es wurde die sofortige Auflösung der in ganz Deutschland berüchtigten politischen Abteilung, deren Fäden nach allen reaktionären Stellen liefen, beschlossen und die Suspendierung der durch den Kapp-Putsch auch äußerlich gekennzeichneten Beamten verlangt. Die Entlassung des aus dem Klüberprozeß bekannten Gerichtsassessors Koennemann, der sich kurz vor der Kappiade von der bürgerlich-rechtssozialistischen Mehrheit den Titel „Polizeidirektor" verleihen ließ, war die Hauptforderung neben der Beseitigung des alten Reaktionärs Rive. Als auf dem Polizeigebäude in der Dreyhauptstraße bekannt wurde, daß der Magistrat durch einstimmigen Beschluß unseren Genossen Stadtrat Reiwand mit der vorläufigen Führung der Geschäfte des Polizeidezernenten betraut hatte, wurde in der politischen Dunkelkammer ein eifriges und hastiges Aktensortieren betrieben. Ganze Stöße von Geheimakten sind ausgesondert und schleunigst vernichtet worden. Wir fragen: Warum ist das geschehen? Hoffentlich wird schleunigst eine Untersuchung eingeleitet, weshalb diese gesetzwidrige Aktenvernichtung vorgenommen worden ist. Weiter wurde die Amtsentsetzung der Polizeikommissare Unger und Miethke sowie der Kriminalwachtmeister Heimbürger, Thein und Schnorbusch durchgesetzt, doch scheinen gewisse Kreise sich um diese Abmachungen nicht groß zu kümmern. Einige von den kompromittierten Beamten, so z. B. der bei der Hallischen Arbeiterschaft in keinem guten Andenken stehende Kommissar Miethke, üben nach wie vor ihre geheimnisvolle Tätigkeit aus — entgegen der Absicht der Achterkommission und des Magistrats.

Eine ganz merkwürdige Rolle scheint der gewesene Polizeidezernent Koennemann, von dem auch in der letzten Beamtenausschußsitzung gesagt wurde, daß er sich sofort hinter Kapp gestellt und Schwierigkeiten gemacht habe, zu spielen. Wir wollen über die gegen den polizeilichen Kappianer sonst noch vorliegenden Beschuldigungen heute kein Wort verlieren, um dem beim Oberpräsidenten schwebenden Verfahren nicht vorzugreifen, doch können wir nicht unterlassen, über das Benehmen dieses Herren unsere allergrößte Verwunderung auszusprechen. Soll er doch den ihm gesinnungsverwandten Kommissaren die Mitteilung gemacht haben, daß seine „Bestätigung" als Polizeidirektor von der Regierung genehmigt sei und er in den nächsten Tagen wieder „hinauf"komme. Die jetzt suspendierten Beamten würden dann natürlich sofort wieder in ihre Stellen eingesetzt werden. Die Kommissare waren

---

22]

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

X.

Am Morgen darauf war im Dorfe von nichts anderem die Rede als von dem Ueberfall der Schwenkendorfer unter der Führung des Toni vom Sternsteinhof, und die Dirnen, die mit letzterem an einem Tische gesessen, erzählten auch, daß er die Zinshofer Helen' für seine künftige Bäuerin erklärt habe, was viel Spaß gemacht hätte, da die hochnäsige Gredl es für Ernst zu nehmen schien.

Die Schürze voll dieser Neuigkeiten, kam die Matzner Sepherl zur alten Kathel, die sich über das Gehörte bekreuzte und segnete. Knechte und Mägde auf dem Sternsteinhofe, die gestern dabei gewesen, zeigten sich zwar sehr rückhaltig bei der Umfrage, welche die Alte unter ihnen hielt, als sie aber aus deren eigenem Munde hörten, was sie sich auszuschwatzen scheuten, da nickten alle bestätigend und lachten: „Was fragst denn, wenn d' eh' alles weißt?!"

Der Bauer stand nachdenklich inmitten des Hofes, als sich die getreue Schaffnerin an ihn heranschlich. Er sann gerade darüber nach, wo wohl der Toni Roß und Wagen gelassen haben mochte, die nirgends zu sehen waren. Es sind das doch keine Gegenständ', die einer wie Pfeife und Tabaksbeutel unter einer Wirtshausbank mag liegen lassen und vergessen.

Die Kathel hatte ihre Meldung kaum beendet, als der alte Müller von Schwenkdorf auf den Hof gefahren kam. Er führte hinter seinem eigenen Wagen das vermißte Gefährt und Gespann mit. „Grüß' Gott, Sternsteinhofbauer," sagte er.

„Grüß' Gott," murrte der und zog ein finsteres Gesicht. Von allen Menschen, die ihm zuwider waren, war ihm der Alte der zuwiderste.

Der Müller blinzte ihn boshaft an, schnalzte paarmal mit der Peitsche, dann begann er: „Bring dir da dein Wagerl und dein Rößerl z'ruck, was uns gestert der Toni g'liehen hat, zum einmal 'rüber und wieder umhifahren. Ein Mordsburisch, dein Toni! Wünschet ich mir ein' zweiten, dann wünschet ich mir den. An dem kannst noch dein' Freud' d'erleb'n, Sternsteinhofbauer. Hihi. Kommt der ang'fahr'n, packt 'n ganzen Rudel, dö rarsten Bub'n, z'samm, — heidi — laß'n mer d' Schwenkdorfer Urseln sitzen und fahr'n mer raufen nach Zwischenbühel! Lad't s' af'n Leiterwagen und teufelt mit sö davon, 'm Bräunl sein d'Augen aus'm Kopf und d'Zungen aus'm Hals g'hängt. Na, dann war aber auch bei uns d'renten a Verdrießlichkeit und ein Erboßen! Der Käsbiermartel hat sein' Sali bei Zeiten aufpackt und is heim, und in sein' Stub'n war er mehr mit'm Kopf an die Tram (Balken an der Stubendecke) wie mit'n Füßen af der Erd', so g'sprungen is er, wie ein g'reizter Aff' im Käfig. Na, und da herenten bei eng muß auch nit schlecht g'rauft worden sein. Mein Bub' liegt mit drei Löcher im Kopf, in jed's könnt' mer a Faust stecken. G'schieht ihm recht, dem Sakra. Mer muß nit nur schau'n, wo mer selber hinhaut, sondern auch, wo ein anderer herhau'n könnt'. So hab'n wir's gehalten unserer Zeit. Was? Han? Nit?"

Der Sternsteinhofbauer runzelte die Stirne.

„Ah, ja richtig! Nix für ungut!" fuhr der Alte fort. „Fallt mer g'rad bei, du warst ja ein schwacher Raufer; wie oft hab' ich dich selber wo in ein'm Winkerl g'habt und abtöllnt (gepufft, nachdrücklich geschlagen), daß's a Freud' war. Viel Schur (jemanden einen Schur, etwas zum Schur antun, d. h. ihm irgendwelche Widerwärtigkeit selbst zufügen oder durch andere verursachen) hab' ich dir antan, bei dö Dirndeln auch. Jesses, wie lang dös schon her is! Wenn mer bedenkt, wie die Zeit vergeht! Na, 's hat mich g'freut, daß ich dich bei derer G'legenheit wieder einmal g'sehen hab', weil d' mer ja sonst völlig ausweich'st. Also b'hüt' Gott! Aber ein's noch, daß ich nit vergiß. Er schlaft wohl noch, dein Bub? Könnt'st ihm's ausrichten, wann d' so gut sein möcht'st. Mein Bub' laßt dein Bub' schön grüßen und wann der Toni wieder einmal Kameraden sucht, dö d'Schlög af ihnere Buckeln nehmen, während er sich mit einer saubern Dirn' wegschleicht, so soll er nur ja nit af'n Simerl vergessen; laßt der ihm sagen! A Feine muß dö aber wohl sein! Drei Löcher im Kopf von mei'm Bub'n sein mir lieber, als der setzet sich so was d'rein! Ja, so zwei, dö d' nit z'sammgibst und nit auseinanderkrieg'st, können dir viel Ung'legenheit machen. Hihi."

Er riß sein Wägelchen herum und jagte davon.

Der Sternsteinhofbauer mußte zur Seite springen, wollte er nicht die Räder über den Zehen haben. Er schickte einen schweren Fluch dem „alten Lump" nach, dann wandte er sich an die alte Kathel und hieß sie, das Mittagessen auftragen.

Er selbst begab sich hinauf nach der Schlafkammer seines Sohnes. Er pochte an die Türe. „Schon wach?" fragte er barsch.

„Ja," tönte es von innen.

„So komm', essen."

„Ich mag nix."

„Du könnt'st ein'm wohl auch'n Appetit verderben," murrte der Alte, dann sagte er laut: „Paar Löffel Suppen werd'n dein'm wüsten Magen ganz zuträglich sein. Komm' nur!"

Als die beiden einander bei Tische gegenübersaßen, tat der Junge, über den Teller weg, einen raschen Blick nach dem Alten, der mit zusammengezogenen Brauen vor sich hinstarrte.

Sicher, der wußte genug. Mag er — ! Vielleicht alles, was die wußten, die dabei waren, und auch nichts, wovon keiner! — Noch einmal blickte der Bursche auf, wie ein Schaff, dann senkte er den Kopf und legte den Löffel weg.

„Schon abg'speist?" begann der Alte.

„Ja."

„Ich hör', du hast dich gestert nit lang in Schwenkdorf verhalten?"

„Gar nit. Wir hab'n d'Langweil' g'fürcht', ich und d'andern."

„Dann seid's h'rüber?"

„Dann sein wir h'rüber."

„Habt's euch gut unterhalten?"

„So ziemlich."

„Sollst ja auch g'rauft hab'n?"

„Ja. 'n Herrgottlmacher hab' ich wohl hing'legt, daß er af's Aufsteh'n vergessen hat."

„Nar dös! Wann der klagbar wird, kann mer noch 'n Bader zahl'n. Weg'n was is 's denn her'gangen?"

„Er wollt' sein Dirn nit an unsern Tisch sitzen lassen."

„Und da muß'st du dich d'rum annehmen? Versteht sich. Bist wohl in die Selne verschameriert?"

„Kann's nit laugnen."

„Is dö gar so sauber?"

„Kein so Saubere hast du noch gar nit g'seh'n, nit mal d' Mutter."

„Dös is wenig g'sagt, dein' Mutter war nit sauber, aber zubracht hat s' brav. Wie heißt denn dieselbe?"

„Zinshofer Helen'."

„Zinshofer? Da is ja die Alte, die unter den Hungerleidern da unten am allermeisten nix hat?"

„Hab'n tun s' nix, das is wohl wahr."

„Trotzdem hör' ich, daß d' hätt'st verlauten lassen, du nahmst die Dirn' zur Bäu'rin?"

„So hab' ich g'sagt."

„Ein schlechter G'spas, dös."

„Kein G'spas! 's is mir völlig ernst."

„Du bist a Narr!"

„Kann sein, man sagt ja, Verliebte wär'n närrische Leut'. Ich hab' mir nur denkt, weil mer doch eh' 's mehrste haben von alle da in der Gegend, so möcht' just nit so dumm sein, wann af'n reichsten Hof auch d'schönste Bäu'rin z'sitzen käm'!"

„Laß mich aus mit der Schönheit! 's erst' Kindsbett nimmt dö oft mit fort; dann hast'n Schleppsack af'n Hals, aber 'n leeren. Kein Kind bist nimmer. Dö G'schichten, was wir als klein ang'hört hab'n, wo Betteldirn'n von Kaisern und Königen heimg'führt word'n sein, dö hab'n sich im Fabelland zutrag'n; daß aber der Sternsteinhof weit außerhalb'n von selb'm liegt, das brauch' ich dir wohl nit erst z'sag'n!" Er erhob sich und strich mit der Hand über das Tischtuch. „Nun is 's g'nug! Schlag' dir die Dummheit aus'm Kopf."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200409-11/fragment/page=0005

glücklich, den Polizeibeamten die freudige Mitteilung machen zu können, daß der Herr Direktor bald wiederkomme und es nun bald wieder besser werden würde. Diese Erzählungen wirken geradezu kindlich, denn die Absetzung Koennemanns ist auf Grund eines ordnungsmäßig zustandegekommenen Beschlusses des Magistrats erfolgt, folglich hat die Regierung da nichts zu „bestätigen" oder sich überhaupt hineinzumischen. Hoffentlich erfahren wir recht bald etwas Näheres über das heimliche Treiben der einstigen Polizeimachthaber von Halle. Herr Oberbürgermeister Rive läßt sein ihm nahestehendes Organ, die Hallesche Zeitung, „hören", daß er die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt habe und daß sich auch die anderen beschuldigten Polizeibeamten seinem Vorgehen angeschlossen hätten. — Viel Glück!

Die Hallischen Beamten und die Kappregierung.

In der letzten Vertretersitzung des Hallischen Beamtenausschusses wurde die Haltung der Beamten zu dem Kapp-Putsch besprochen. Der Vorsitzende nannte die Ablehnung der Kappleute ein Ruhmesblatt für die Beamten. Dagegen haben sich eine Reihe höherer und auch etliche mittlere Beamte unverzüglich für die Staatsstreichler ausgesprochen und diesen Vorschub und Spitzeldienste geleistet. Die Beamtenschaft forderte von der Regierung strenges Vorgehen gegen alle, die ihren Diensteid gebrochen haben. Ausführlich wurden in der Sitzung die Vorgänge bei der Eisenbahn, beim Telegraphen- und Fernsprechamt und bei der Polizei behandelt. Die Militärbehörden versuchten ganz besonders die Eisenbahnbeamten für die Kapp-„Regierung" zu gewinnen und schließlich sogar zu pressen. Die Schwindelnachrichten der Kapp-Apachen wurden zur Beeinflussung des Personals massenhaft verbreitet, außerdem Verhaftungen von Führern vorgenommen, die hinter der sogenannten alten Regierung standen. Beim Telegraphen- und Fernsprechamt begünstigte man ebenfalls die Hochverräter und suchte die verfassungstreuen Beamten einzuschüchtern. Bei der Polizei standen der Dezernent Assessor Könnemann und eine ganze Anzahl höherer Beamter hinter Kapp und arbeiteten mit den hochverräterischen Offizieren der Hallischen Garnison Hand in Hand. Das aufgezeigte Material wird vom Beamtenausschuß gesammelt und an die in Betracht kommenden Behörden zur Weiterverfolgung geleitet werden. Es ist recht erfreulich, daß sich die Beamtenschaft, die früher an Knechtssinn gegen die hohen Potentaten nicht zu überbieten war, auf sich besinnt und gegen die Reaktion eine schroffe Abwehrstellung einnimmt. Dennoch überschätzen einzelne Beamte doch die Macht der Beamtenschaft, wenn sie behaupten, „daß jeder Generalstreik verloren sei, wenn er nicht die Unterstützung der Beamten fände". Die Kraft des Volkes liegt trotzdem vornehmlich in dem werktätigen Proletariat, das bisher seine Aktionen auch ohne Beamtenschaft hat durchführen müssen. Aber wir begrüßen den Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter und heißen die Beamten, wenn sie Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft gegen Kapitalismus, Militarismus und Reaktion kämpfen wollen, willkommen. Es ist aber leider nicht zu leugnen, daß auch zahlreiche untere Beamte noch nicht das nötige Klassenbewußtsein haben, politisch vielmehr indifferent sind und einer reaktionären Regierung willig Dienste leisten würden. Das meinte Gen. Kunert auch, wenn er in seinem Referat über die Märzereignisse sagte, daß das Beamtentum bis weit in die Reihen der kleinen Beamten für „die Regierung der Tat" gearbeitet haben würde, wenn sie sich durchgesetzt hätte. Das kann auch Herr Dürrfeln nicht ableugnen, der die wirtschaftliche Macht des Beamtentums ebenfalls bedeutend überschätzt, wenn er behauptet, daß die Beseitigung der Putschregierung durch einen Streik der Arbeiter allein kaum gelungen wäre. Im hiesigen Bezirk kann Herr Dürrfeld wohl eine Anzahl kleiner Beamten unter seinen Gesinnungsgenossen mustern, aber Halle ist nicht Deutschland, und es muß leider festgestellt werden, daß anderswo tausende Beamte ihre Klassenlage noch nicht erkannt haben. Hoffen wir, daß es auch dort besser werde!

Die Folgen der Akkordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns mitgeteilt: Wie bekannt, entbrannte vor Monaten zwischen dem Ministerium und den Eisenbahnerorganisationen ein harter Kampf um die Wiedereinführung der Akkordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten. Alle Einwendungen gegen die Wiedereinführung des Akkordsystems scheiterten an der Unkenntnis der leitenden und zuständigen Instanzen. Den betreffenden Beamten in den Werkstätten mangelte ebenfalls die klare Einsicht, um auf die Einwendungen der Arbeiterschaft einzugehen. Immer deutlicher stellte sich heraus, daß die Einrichtungen in den Werkstätten nicht den heutigen Akkordverhältnissen entsprechen. Daran ändern auch die zur Aufsicht angestellten unzähligen Aufsichtsbeamten nichts. Wo bleibt da die Wirtschaftlichkeit? Anstatt nun, wie es die Arbeiterschaft verlangt und die Tarifkontrahenten festlegen, die für die Vorarbeiten einzusetzende Akkordkommission aus alten und in der Praxis erfahrenen Handwerkern zusammenzusetzen, scheint man wieder zu der alten Methode gekommen zu sein. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Erbitterung unter den Eisenbahnern groß, und dies ist verständlich, denn wenn trotz intensiver Arbeit bei der am Sonnabend stattgefundenen Lohnzahlung ein Akkordüberverdienst von 8 bis 10 Prozent herauskommt, ist dieses nicht als Aequivalent der leitenden Instanzen zu bezeichnen. Es ist daher kein Wunder, wenn in der Kesselschmiede der hiesigen Eisenbahnwerkstatt die Abschaffung der Akkordarbeit verlangt wird und ein Teil der dort Beschäftigten sich anderweitig Arbeit suchen will. Wird doch im Leunawerk ein Stundenlohn von 4,90 Mk. gezahlt, und dies ohne den großen Stab von Aufpassern.

Was sagt die Eisenbahndirektion und der fürsorgliche Werkstättendezernent zu diesen Mißständen? Ueberall scheint der Herr seine Fürsorge nur mit Worten auszuüben; dies beweisen die dauernden Klagen und Zuschriften bei der Wiedereinstellung der entlassenen Funktionäre. Es wird endlich Zeit, daß diese Herren, die nicht das geringste Vertrauen der Arbeiterschaft genießen, durch andere, fähige und geschulte Kräfte ersetzt werden. Es könnte sonst angehen, daß eines Tages Arbeitseinstellungen erfolgen. Ob diese Herren dann den Mut haben, bei den zuständigen Instanzen Farbe zu bekennen, bezweifeln wir noch stark.

* **Deutscher Eisenbahner-Verband.** Am Sonnabend, den 10. April, sehr wichtige Mitgliederversammlung im Volkspark. Kein Kollege darf fehlen. (Siehe Anzeigenteil.)

* **Sozialistische Proletarierjugend.** Heute, Freitag ½8 Uhr, Vortrag der Genossin Schlesinger: Die Entstehung des Märchens. — Kindergruppe: Sonntag nachmittag ½3 Uhr alle Proletarierkinder auf dem Sandanger, von da aus Spaziergang nach der Heide, dort Vorlesung.

* **Oeffentliche Versammlung.** Im Volkspark findet am Sonntag, vormittags ½9 Uhr, eine von der K.P.D. einberufenn Volksversammlung statt, in welcher Fritz Rück-Stuttgart über Von der Militärdiktatur zur Rätediktatur spricht.

* **Ein unglaubliches Benehmen** legt ein Beamter der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts, Zimmer 18, an den Tag. Jener Herr hat die Sprechzettel für die in Haft befindlichen Teilnehmer an den Kämpfen in Halle auszustellen. Als gestern eine Frau sich einen Zettel zum Besuche ihres Bruders erbat, wurde sie gleich mit den Worten: „Was hat der Kerl verbrochen?" angeherrscht. Nachdem der Beamte in einer Liste geblättert, meinte er recht geschmackvoll: „Aha, das ist auch einer von der Räuberbande, die das Gewehr genommen hat. Diesmal sollen Sie den Schein noch einmal haben, dann müssen Sie aber warten, bis ihre Räuberbande aus dem Westen kommt, dann können Sie alle Tage hin." Als die Frau die Frage beantwortete, was sie ins Gefängnis mitzunehmen gedenke, bekam sie zu hören, daß die Kerle alle Tage Prügel, statt zu Essen haben müßten. In dieser Weise verkehren Beamte der Republik Preußen mit Leuten, deren Angehörige nichts anderes taten, als mit der Waffe in der Hand die Regierung gegen hochverräterische Putschisten verteidigt zu haben. Wenn die Regierung endlich daran gehen wird, die unzuverlässigen Elemente aus dem Beamtenheere zu entfernen, dann darf man auch jene Gerichtsbeamten nicht vergessen, die durch ihr unglaubliches Benehmen offen kundtun, weß Geistes Kinder sie sind. Wir möchten aber außerdem durch Veröffentlichung dieser skandalösen Vorkommnisse ganz energisch Verwahrung einlegen gegen eine solche Beschimpfung der Märzkämpfer.

* **Stadtverordnetensitzung.** Am Montag, den 12. April, nachmittags 4 Uhr, findet wiederum eine Stadtverordnetensitzung mit sehr ausgedehnter Tagesordnung statt, die nicht weniger als 41 Punkte umfaßt. In der öffentlichen Sitzung werden verhandelt: Wahl eines Mitglieds in den Sachverständigenausschuß für Mietzinssteigerungen; Ersatzwahl für Deputationen und Ausschüsse; Erwerb von Rechten am Galgenberg; Kanalbau Merseburgerstraße; Beschaffung von Schränken für das Stadtbad; Neupflasterungen in der Liebenauerstraße; Verrechnung von Kanalbaukosten; Instandsetzungsarbeiten in Wittekind; Schulgelderhöhung; Nachbewilligungen für Gr. Berlin 14, Kap. II C. II 1b des Hauptetats, das Heim Jugendschutz, den Spielplatz an der Lutherschule, die Neumarktschule und das Stadtgymnasium; Wiederaufbau einer Umzäunung; Verlegung einer Kesselleitung; Aenderung einer Kesselanlage; Instandsetzung von Fußböden; Instandsetzung der Heizungsanlage in der Glauchaschule; Nachbewilligungen für Glauchaerstraße 43, Gondelhäuser an der Saale und die Johannesschule; bauliche Aenderungen im Polizei-Verwaltungsgebäude; Unterbringung von Polizeihunden; Bauarbeiten im Zoologischen Garten; Abschluß einer Unfall- und Haftpflichtversicherung; Einrichtung von Mutterschulkursen; Beitrag zur Tagung des Deutschen Lehrervereins; Haushaltsplan der Müller-Stiftung; Teilnahme am Ruderlehrgang; Nachbewilligung für das Stadtgymnasium; Gesuch um Erhöhung einer Amtszulage; Uebernahme von Bestattungskosten; Nachbewilligungen für den Zoologischen Garten, Kap VII B. I 4 Hauptetats und den Schlacht- und Viehhof; Beschwerde über Milchlieferung; Gesuch um Ueberlassung einer Grabstelle; Gesuch um Ueberlassung von Pachtacker. Nach Erledigung dieser Tagesordnung wird noch eine nichtöffentliche Sitzung stattfinden.

* **Das Kammergericht über die Gesetzmäßigkeit der Wuchergerichte.** Ueber die Verfassungsmäßigkeit der Wuchergerichte, die durch eine Verordnung der Reichsregierung eingeführt worden sind, besteht bekanntlich Streit. Das Wuchergericht beim Landgericht II Berlin z. B. hat ausgesprochen, daß es sich als ein gültig eingesetztes Gericht nicht erachten könne. Nun hat aber das Kammergericht die Gesetzlichkeit der Wuchergerichte anerkannt, wie die Zeitschrift Gesetz und Recht mitteilt. Das höchste preußische Gericht untersucht darin in eingehender Weise alle Gründe, die für und gegen die Rechtsgültigkeit der Wuchergerichtsverordnung sprechen, und kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß die Wuchergerichte mit den Gesetzen und der Verfassung nicht in Widerspruch ständen. — Die Wucherer und Schieber werden über diesen Höchstentscheid nicht sonderlich erbaut sein.

* **Neue militaristische Geheimorganisationen.** Unter dem Deckmantel einer zwanglosen Zusammenkunft ladet der Leutnant Boussef von der Wirtschaftskompagnie der Abwicklungsstelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 ehemalige Angehörige der 1. Kompagnie des früheren Füsilier-Regiments Nr. 36 für den 10. April in die Deutschen Bierstuben, Ludwig-Wucherer-Straße, brieflich ein. Kaum ist der Kapp-Putsch mißglückt, da sind die Herren schon wieder eifrig an der Arbeit und suchen ihre verscheuchten Kämpen zu sammeln, um durch „Pflege und Festigung der alten Kameradschaft" neue Geheimorganisationen zu bilden, die dann an Stelle der aufgelösten Zeitfreiwilligenbanden treten können. Es ist ferner sehr charakteristisch, daß der Herr Leutnant die Einladungen unter Mißbrauch seines Dienstsiegels als Heeressache verschickt. Die Herren schalten mit dem Staatsvermögen, wie es ihnen beliebt. Wie wäre es, wenn die Oberpostdirektion gegen den Herrn Leutnant Strafantrag wegen Portohinterziehung anstrengen würde?

* **Auf die Neuanmeldung zur Kundenliste,** deren amtliche Bekanntmachung wir bereits gestern brachten, sei an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht. Die Neuanmeldung oder Ummeldung muß in den Tagen vom 12. bis 14. April erfolgen. Bei dieser Gelegenheit ist die Möglichkeit geboten, mit jenen Händlern abzurechnen, die ihre reaktionäre Gesinnung allzu sehr herausgekehrt haben. Viele Kolonialwarenhändler haben sich bei den letzten Wirren offen gebrüstet, daß sie sich am Kampf gegen die Arbeiter beteiligt haben. Es ist an der Zeit, daß jede klassenbewußte Genossin, jede Arbeiterfrau aus solch niederträchtigem Verhalten ihre Schlüsse zieht und den also gekennzeichneten Reaktionären aufkündigt. Besonders sei auf die Filialen des Allgemeinen Konsumvereins als die günstigsten Bezugsquellen für das Proletariat aufmerksam gemacht. Die Konsumgenossenschaften sind Einrichtungen der Arbeiterschaft selber, deren Gewinne wiederum den Kunden zugute kommen.

* **Städtische gewerbliche Fortbildungsschule.** Neben den regelmäßigen Wahlkursen in: Berufl. Rechnen, Deutsch, Kunstschrift, Fachzeichnen, Freihandzeichnen, Geometrie, Algebra, Elektrizitätslehre, Französisch, Englisch, Stenographie, prakt. Unterricht für Mädchen, sind schon seit einigen Jahren besondere Kurse eingerichtet worden, und zwar: Kursus zur Vorbereitung auf die Meister- und Gesellenprüfung (auch für Damen). Sonderkursus in Buchführung (auch für Damen). Kursus für Angehörige der Großindustrie (Technologie, technisches Rechnen und Kalkulation, Schriftverkehr der Werkstatt und Montage, Bürgerkunde, Fachzeichnen). Kursus für Ungelernte (Volkswirtschaftslehre und Bürgerkunde, soziale Versicherungen, wirtschaftliches Rechnen, Wirtschaftsbuchführung, Schriftverkehr). Kursus in Deutsch und Rechnen. Meldungen sind im Bureau der gewerblichen Fortbildungsschule (Kl. Steinstraße 1) zu bewirken.

* **Geschäftstüchtige Nosketen.** Ein am 6. April entlassener Nosket trieb sich schwerbepackt an diesem Tag im Wartesaal vierter Klasse herum und versuchte allerlei schöne Sachen an die Reisenden zu verkaufen. So hatte er allein 5 Paar neue Schuhe, die er dort an Arbeiter feilbot. Er verschenkte an die Reisenden Zigaretten und Schokolade, die er auch in großen Mengen bei sich hatte, um sie so zum Kauf zu reizen. Er hatte freilich bei den umstehenden Arbeitern wenig Glück, denn diese rückten alle von ihm ab, so daß er schließlich mit einigen alten Frauen am Tisch allein saß und seine Schuhe wieder einpacken mußte. Der Nosket, der übrigens noch zwei Lederkoppel trug, hatte auch eine größere Menge Kommißbrot und war neu eingekleidet. — Werden diese Arbeitermörder bei ihrer Entlassung so reich für ihre „Heldentaten" belohnt? Sollte das nur ein Mittel sein, damit sie gleich wiederkommen, wenn man sie erneut braucht? Oder stehen die Regimentskammern für diese Burschen offen, so daß sie sich nehmen können, was sie brauchen?

* **Die Städtische Rechtsauskunftsstelle** wurde in den Monaten Januar, Februar und März d. J. von 477, 456 und 495, also von zusammen 1428 Personen in Anspruch genommen. Von den Besuchern waren 740 Arbeiter, Gesellen und Dienstboten. Nächst zahlreich waren vertreten Angestellte, Beamte, selbständige Gewerbetreibende, Ehefrauen usw. Die Geschäftsräume der Rechtsauskunftsstelle befinden sich Schmeerstraße 1 II. Die Rechtshilfe wird unentgeltlich gewährt.

* **Erleichterungen im Eisenbahnverkehr.** Die Beschränkung in der Ausgabe von Fahrkarten, wonach diese nur am Tage des Antritts der Reise ausgegeben werden, ist aufgehoben, Fahrkarten können also (wie früher) schon vorher gelöst werden. Ebenso werden Doppelkarten, Rückfahrkarten und Bahnsteigkarten jetzt wieder ausgegeben.

* **Selbst gerichtet** hat sich der praktische Arzt Dr. Meyer aus Stendal, indem er hier in Halle, wo er sich auf Besuch befand, Gift nahm. Meyer war während des Krieges Militärarzt und ließ sich als solcher in einem Gefangenenlager Uebergriffe zuschulden kommen. Deshalb stand er auf der Auslieferungsliste und sollte sich demnächst vor dem Reichsgericht verantworten.

* **Die Bahnhofswirtschaft im Hauptbahnhof hatte bisher der berüchtigte Schwertfeger inne, der reaktionäre Offiziere so gut** mit Bohnenkaffee zu bewirten verstand. Zum 1. Juli geht der Wirtschaftsbetrieb für 100 000 Mark an den Bahnhofswirt Emil Neumann aus Wittenberg über.

* **Einen Millionen-Erbschaftsschwindel verübte eine Frau Ullrich von hier.** Die Frau hatte vor längerer Zeit von einem Verwandten 100 000 Mk. geerbt. Diese Erbschaft hatte sie verkauft, und da sie mit ihrem Sohne auf großem Fuße lebte, war das Geld bald aufgebraucht. Um sich wieder in den Besitz von Geldmitteln für ihren kostspieligen Lebensunterhalt zu setzen, kamen Mutter und Sohn auf den Gedanken, mit Hilfe der noch in ihrem Besitz befindlichen Erbschaftspapiere die Erbschaft noch einmal zu verkaufen. Als ihnen dies geglückt war, legten sie sich ganz auf den Erbschaftsschwindel und setzten sich im Laufe der Zeit in den Besitz von über einer Million Mark, indem sie die vorhandenen Papiere und die Korrespondenz mit dem Testamentsvollstrecker fälschten.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, abend 7 Uhr gelangt die Oper Die heimliche Ehe von Cimarosa, zur Aufführung. Sonnabend Der Zigeunerbaron. Sonntag vormittag 11 Uhr findet der Zyklus Das Drama der Jugend in Deutschland mit einem Vortrag Dr. Liepes über Das junge Deutschland und Georg Büchner, sowie eine anschließende Aufführung von Büchners Wohzeck seinen Fortgang. Die Spielleitung hat Dr. Edgar Groß. Am Sonntagnachmittag 3 Uhr wird das Lustspiel Im weißen Röss'l gegeben, abends 7 Uhr Der Bajazzo, hierauf Cavalleria rusticana. Montag Alt-Heidelberg. — Eugen Albert, der ausgezeichnete Spieltenor der Leipziger Oper, der von seiner Gasttätigkeit bei den Wagnerfestspielen Brüssel, London usw. bestens bekannt ist, wurde für das Hallische Stadttheater verpflichtet.

* **Die Leiche des vermißten Pfarrers Riehus** aus Burgliebenau wurde heute morgen gegen 9½ Uhr mit eingeschlagenem Schädel in der Nähe der Pulverweiden, gegenüber dem Johannisbad, aus der Saale gezogen und nach der Leichenhalle des Südfriedhofes überführt.

Ammendorf. Jugendweihe. Am Sonntag fand die vom Ortskartell Ammendorf veranstaltete Jugendweihe statt. Im festlich geschmückten Saale des Goldenen Adler begrüßte Genosse Dörr die 68 Jugendlichen im Beisein zahlreicher Eltern und Genossen. Nachdem der Arbeitergesangverein mehrere Weihelieder vorgetragen hatte, hielt Genosse Hildebrandt (Halle) eine dem Ernst der Zeit entsprechende würdige Rede. Um das Band mit der Arbeiterschaft zu festigen, erhielt jeder der Schulentlassenen ein Geschenkband aus nützlichen Bibliotheken. Da leider die Verhältnisse es nicht gestatteten, daß den Entlassenen ein Gedenkblatt verabreicht werden konnte, so ist dieses doch noch in Aussicht gestellt und soll in nächster Zeit zugestellt werden. Alle diejenigen, welche Bilder von den Gruppen haben wollen, bitten wir, bei dem Photograph Sievers, Ammendorf, Langstraße, zu bestellen.

Beesedau. Gemeinderatssitzung. In die neue Wohnungskommission wurden folgende sechs Herren gewählt: Ernst Rothe, Wartmann, Keller, Hermann, Littig und Otto Wartmann. Auch der Schulvorstand wurde neugewählt und besteht jetzt aus: Friedrich Großmann, Gustav Rothe, Friedrich Wartmann, Louis Apitz und Wilhelm Schönstedt. Einen Beitrag auf Schadenersatz für die in Halle angerichteten Zerstörungen durch die umliegenden Gemeinden lehnte die Gemeindevertretung ab, da in Beesedau keine Bürgerwehr und auch keine Putschisten vorhanden waren.

Aus der Provinz.

Sabotage der Lebensmittelproduktion.

Auf der Redaktion unseres Erfurter Parteiblattes stellte sich kürzlich ein kleiner Landwirt aus Alach vor und teilte folgenden charakteristischen Fall von Sabotage unserer Lebensmittelproduktion mit. Im Oktober 1919 trat im landwirtschaftlichen Betriebe des Mannes durch Verenden des einzigen Pferdes eine Störung ein. Er richtete sofort an die Landwirtschaftskammer in Halle ein Gesuch um Beschaffung eines anderen Pferdes. Es wurde ihm zunächst in Aussicht gestellt, daß seinem Gesuche entsprochen werden solle. Dann sind Wochen und Monate ins Land gegangen, ohne daß die weiteren Bemühungen des Mannes, einen Ersatz für sein verlorenes Zugtier zu erhalten, Erfolg hatten. Die Zeit der Frühjahrsbestellung ist nun bald verflossen. Auf die Hilfe anderer Landwirte kann der Mann bei dem heutigen Mangel an Zugtieren nicht rechnen. Nach wiederholten erfolglosen Bemühungen des Landmannes auf dem Landratsamt und bei der Landwirtschaftskammer in Halle erhielt er am 29. März vom stellvertretenden Landrat folgende Bescheinigung ausgestellt:

Herr L. G. in Alach bedarf zur Bestellung seiner Länderei (20 Morgen Ackerland) dringend eines Pferdes, da er zurzeit keine Spannkraft besitzt. Er hat vor längerer Zeit Antrag auf käufliche Ueberlassung eines Militärpferdes bei der Landwirtschaftskammer in Halle gestellt, einen Bescheid trotz diesseitiger wiederholter Erinnerung bis heute nicht erhalten. Ich bitte dringend, Herrn G. ein Militärpferd leihweise oder käuflich zu überlassen. Der Landrat.

Bald erwies sich die Hoffnung des Landmannes, mit Hilfe dieser Bescheinigung von den militärischen Befehlsstellen ein Pferd für die kurze Zeit der Bestellung leihweise zu erhalten, als trügerisch. Obwohl die bewaffnete Macht über eine größere Zahl guter Pferde verfügt, wurde der Mann von Pontius zu Pilatus geschickt, doch bis heute hat er noch kein Pferd. Und wird hier nicht rasch von den zuständigen Stellen eingegriffen, dann bleibt eine größere Fläche Land brach liegen. So wird in dieser Zeit des Hungers unsere Lebensmittelproduktion sabotiert.

Delitzsch. „Räterepublik Bitterfeld." Der Dummejungenstreich des 24jährigen Gastwirts Hans Molka, über den wir bereits gestern berichteten, macht in der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse viel Aufhebens. Sie schildert recht breit die Amtsentsetzung des Landrats von Manteuffel, den „der kommunistische Oberbefehlshaber" bezichtigt, in den Unruhetagen mit den Kappleuten paktiert und die Truppen nach Delitzsch berufen zu haben, womit Molka wohl nicht so unrecht haben dürfte. Der aristokratische Landrat wurde zunächst auf dem Polizeiamt vernommen, dann nach Bitterfeld überführt und dort festgesetzt. Unsere Genossen billigten indes keineswegs den Gewaltstreich des unbesonnenen jungen Menschen und veranlaßten die unverzügliche Freilassung des Landrats, der sogleich nach Magdeburg zum Oberpräsidenten Hörsing fuhr, um dort Beschwerde zu führen. In Delitzsch selbst ist keine Störung der öffentlichen Ordnung vorgekommen. Molka steht bereits wieder hinter dem Schenktisch und verzapft Bier. Aus diesem Vorgang macht das Zentralorgan der S. P. D., der Vorwärts, eine große Geschichte. Es läßt sich aus Halle drahten, daß „Linkskommunisten in Bitterfeld die Räterepublik ausgerufen" haben. In der Nacht auf Mittwoch ist der Landrat von Delitzsch durch Bewaffnete verhaftet worden. Der Oberbefehl über Delitzsch wurde einem gewissen Molka übertragen" usw. Solch leichtfertige, tendenziöse Berichterstattung ist geeignet, die amtlichen Stellen in Berlin gegen die Arbeiterschaft im Bitterfelder Bezirk einzunehmen und andererseits die Arbeiterschaft zu beunruhigen, besonders wenn der Vorwärts sofort fordert: „Es wird natürlich (!) auch gegen diesen Putsch eingeschritten werden müssen, zumal seine Folgen die Kohlen- und Elektrizitätsversorgung Berlins gefährden können." Es bedeutet eine Gewissenlosigkeit, die Regierung und das Spießbürgertum immer wieder in den Bolschewistenschreck zu versetzen, nur um eine Handhabe gegen die Arbeiterschaft zu gewinnen. Dasselbe Verfahren hat man gleichzeitig in Stendal und Tangermünde angewandt, wo ein paar höhere Verwaltungsbeamte durch etliche Bewaffnete auf eigene Faust verhaftet wurden. Gleich heißt es: Die Kommunisten rufen die Räterepublik aus, und obgleich Landrat Rosenbruch in Tangermünde und Bezirkskommissar Brandenburg in Stendal gebeten haben, von einer bewaffneten Aktion gegen die unbesonnenen Elemente abzusehen, wurden von der Reichswehrbrigade 4 sofort militärische Maßnahmen gegen die Tangermünder „Räterepublik" in die Wege geleitet. So wird es überall gemacht, wo man die Arbeiter niederknütteln will.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200409-11/fragment/page=0006

Der Kreisausschuß erläßt zu der Angelegenheit folgende Erklärung: „Der Kreisausschuß erklärt, daß Herr Landrat von Manteuffel nicht abgesetzt ist. Er führt sein Amt weiter, bis die gesetzmäßige Körperschaft über die Angelegenheit entschieden hat. Die politischen Parteien haben mit den Vorgängen in Delitzsch am 6. und 7. April d. J. nichts zu tun. Alle mit „Molka" unterzeichneten Verfügungen und Bekanntmachungen sind nach einer Vereinbarung zwischen den Vertretern der hiesigen Arbeiterschaft, dem Molka und dem Herrn Zivilkommissar Krüger (Merseburg) gegenstandslos. Es ist diesen Verfügungen und Bekanntmachungen nicht Folge zu leisten."

Torgau. In der letzten **Kartellsitzung** des Gewerkschaftskartells beschäftigte man sich eingehend mit den Erfahrungen des Generalstreiks. Der Vorsitzende, Genosse **Kroll** berichtete über die Tätigkeit des Aktionsausschusses und ging alsdann auf die Gegenwartsfragen ein. Durch die geschlossene Front, mit der man in den Streik getreten sei, sei bewiesen, welche Macht die Arbeiterschaft besitze Um diese Macht auch für die Folge zu erhalten, sei es unter allen Umständen notwendig, jedwede Zersplitterungsarbeit zu unterlassen. Weiter wurden die Gründe angeführt, weshalb der Streik **selbst auf die lebenswichtigen Betriebe** ausgedehnt werden mußte. Durch das provokatorische Vorgehen des Militärs hätte nur zu leicht ein Blutbad hervorgerufen werden können. Nur der Besonnenheit der Arbeiterschaft ist es zu danken, daß in Torgau, einer Zentralstelle des **Militarismus**, Blutvergießen vermieden wurde. Durch das Auftreten der Arbeiterschaft wurde es dem Militärbefehlshaber nicht möglich war, nach den benachbarten großen Städten Truppen zu entsenden. Es sei zu wünschen, daß, wenn der Ruf zum Generalstreik abermals ertönt, muß dieser wiederum so kraftvoll einsetzen. — Einstimmig wurde die Erhöhung der Sekretariatsbeiträge beschlossen, und zwar um 10 Pf. pro Mitglied und Woche zum Zwecke der Erhöhung des Gehalts für den Sekretär. Was die Maifeier anbetrifft, so wurde es als selbstverständlich angesehen, daß am 1. Mai die Arbeit in allen Betrieben zu ruhen hat. Genosse Kroll schnitt weiter die Frage der Bekämpfung des Wucher- und Schleichhändlerunwesens an. Nachdem alle Mahnrufe der machtlosen Behörden unbeachtet geblieben sind, muß es Aufgabe der Arbeiterschaft sein, Mittel und Wege zu suchen, um diesem Treiben Einhalt zu tun. Alle Gewerkschaftskartelle müssen es sich zur Aufgabe machen, mit aller Schärfe bei der Generalkommission vorstellig zu werden, damit diese auf Grund der acht Millionen Gewerkschaftsmitglieder, die zweifellos eine Macht darstellen, von der Regierung verlangt, daß Maßregeln ergriffen werden, die der immerwährenden Verteuerung der notwendigsten Wirtschaftsbedürfnisse nachhaltig entgegenwirken. Auch hier sei unter Umständen das schärfste Mittel, der Generalstreik, in Anwendung zu bringen. An Hand von Beispielen wurde der größte Wucher festgestellt. Einstimmig beschloß man, eine entsprechende Aufforderung an die Generalkommission zu senden. Ein Antrag des Landrats, für ein zu gründendes Amt zur Bekämpfung des Wuchers eine Person zu stellen, wurde abgelehnt, weil derartige Einrichtungen nichts erreichen. Nur wenn die Arbeitrschaft selbst das Ruder in die Hand nimmt, kann eine gründliche Abstellung der Schäden erreicht werden.

Herzberg. **Der Kreistag des Kreises Schweinitz**, die Vertrauensvotummaschine des Landrats, tagte am 30. März. Der Landrat Rabe von Pappenheim stellte sich diesem das erste Mal als **wirklicher** Landrat vor, geziert mit dem Bande des neuverliehenen Kreuzes für treue Dienste in — der Heimat. Zu Beginn der Tagesordnung ließ der konservative Rittergutsbesitzer Junge (Freywalde) eine Anklagerede los gegen die Herzberger Demonstranten und deren Forderung, den Landrat als Förderer der Kapp-Regierung und Unterdrücker des Generalstreiks so schnell wie möglich abzuberufen. **Ein Vertrauensvotum für den Landrat** bildete den Schlußakt dieses „erhebenden" Schauspiels. Stolzen Hauptes dankte der Landrat für das Vertrauen; er wird weiter „für das Wohl aller" im Kreise arbeiten. Nur zwei Vertreter wagten es, dem Vertrauensvotum nicht zuzustimmen. Einige „sozialistische" Vertreter setzten sich ebenfalls mit ihrer Person für die Erhaltung des edlen Herrn von Pappenheim als Landrat ein, wenn auch mit ängstlichen Beklemmungen. Die große Mehrzahl der Kreistagsabgeordneten, konservative Gutsbesitzer, Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher und sonstige konservative Anhängsel standen wie auf Kommando, die Hände an der Hosennaht, als ihr allgewaltiger Herr Junge das Votum herbeiführte. Für die schaffende Bevölkerung von Herzberg, die die Beseitigung des Landrats gefordert hat, ist das Vertrauensvotum der Konservativen ein Beweis, daß ihre Forderung gerecht ist. — Aus der Tagesordnung, die erledigt wurde, ist als wichtig zu erwähnen: Die Kreissparkasse soll der Neuzeit entsprechend ausgebaut und eingerichtet werden. Auch soll vom 1. April an ein Kreissparkassendirektor angestellt werden. Die Gebührensätze der Hebammen wurden erhöht. Eine lebhafte Debatte entstand, als ein Mitglied des Kreistags zu sagen wagte, daß 5,40 Mk. Tagelohn für die vom Kreis angenommenen Straßenarbeiter zu wenig sei. Herrn Junge war das eher zu viel als zu wenig, denn diese Arbeiter seien doch froh, daß sie für den Kreis arbeiten dürften. Diese Behauptung war allerdings stark, hatten doch diese Arbeiter schon seit zwei Tagen die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderung auf Lohnerhöhung, die sie vor ungefähr einem halben Jahr an den Kreisausschuß gestellt hatten, noch nicht erledigt war. Die Angelegenheit wurde wieder dem Kreisausschuß überwiesen. Schließlich wurde die Bestätigung des Landrats ausführlich zur Sprache gebracht. Gleich nach der vorhergehenden Kreistagssitzung hat der konservative Rittergutsbesitzer viel Mühe und Schweiß aufgewandt, um seinen Schützling, den damals nur kommissarischen Landrat, so schnell wie möglich zur Bestätigung zu bringen. In der erwähnten Tagung war schon ein Vertrauensvotum bewerkstelligt worden, das Herrn Junge aber noch nicht genügte. Es wurde eine Petition angefertigt, zu der ein Kreisangestellter bei jedem Kreistagsvertreter die Unterschrift einholen mußte. Als hierauf die Bestätigung noch nicht erfolgte, begab sich eine Abordnung von vier Kreistagsmitgliedern mit Herrn Junge an der Spitze zum jetzt verabschiedeten Minister Heine und erwirkte die Bestätigung. Jetzt verlangt die schaffende Bevölkerung von Herzberg und der anderen Orte des Kreises die Beseitigung dieses Getreuen der Konservativen. Das geht Herrn Junge über den Horizont und die Wut ist groß. Es wird aber doch gelingen, trotz aller Widerstände der konservativen Interessenten.

Wittenberg. **Eine weibliche Leiche** wurde am 1. Osterfeiertag in der Nähe des Bootshauses am Brückenkopf gefunden. Es handelte sich um die unverehelichte Marie **Balzer**, die seit etwa drei Wochen vermißt wurde. Die Selbstmörderin, die im 42. Lebensjahre stand, soll ihrem Leben aus Liebesgram ein Ende gemacht haben.

Kelbra. **Jugendweihe.** Die vom Arbeiter-Turn- und Gesangverein veranstaltete Jugendweihe nahm einen würdigen Verlauf. Die vom Männer- und Frauenchor vorgetragenen Lieder paßten ganz in den Rahmen des Festes. Das vom Genossen Aug. Gerlach verfaßte Lebensbild Am Scheideweg erntete reichen Beifall. Hoffen wir, daß die Kelbraer Jugend sich fest um das Banner der Arbeiterjugend schart.

Sprechstunden der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Das Existenzminimum im März 1920.

In der Finanzpolitischen Korrespondenz macht der Direktor des **Statistischen Amts der Stadt Schöneberg**, Dr. R. **Kuczynski** interessante Mitteilungen über das **Existenzminimum im März 1920. Kuczynski führt aus:**

„**Brot, Kartoffeln, Fleisch, Kohlen, Kleidung,** Schuhwerk usw. **sind** abermals teurer **geworden.** In **Groß-Berlin** z. B. kostete im März **Brot** 5½mal soviel wie vor dem Kriege, **Zucker 8mal soviel, Gas 8mal** soviel, **Milch** 9mal soviel, **Briketts 11mal soviel, Kartoffeln, Butter** und **Margarine** 12mal soviel, **Schmalz** 22mal soviel. Bei manchen **Waren, die dem freien Handel** überlassen sind, ist die Preis**steigerung noch größer. Reis** war mehr als 50mal so teuer wie vor sechs Jahren (ein Pfund im März 1914: 22 Pf., März **1920: 12 Mk.). Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Zehnfache."**

Nach den weiteren Darlegungen des bekannten Statistikers **kosteten** die Lebensmittel, die in den vier Wochen vom 1. bis **28. März** 1920 an die Bevölkerung verteilt wurden, pro Kopf 67,74 Mark, während die gleiche Summe von Lebensmitteln in der **gleichen Zeit** des Jahres 1914 für 6,95 Mk. zu erwerben war.

Dieser Preisunterschied bietet jedoch noch kein volles Bild von der **ganzen Größe des Elends.** Das ergibt sich erst, wenn man zugleich den Nährwert der zur Verteilung kommenden Lebensmittel be**trachtet. Kuczynski** schreibt darüber:

„Diese rationierten **Mengen enthalten nun** aber im Wochen**durchschnitt** nur etwa 11 200 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie **ein Kind von sechs bis zehn Jahren** benötigt. Man **wird** also bei äußerster Einschränkung das Existenzminimum **der Ernährung** eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 17 Mk. **ansetzen können.** Eine Frau braucht etwa 7 × 2400 = 16 800 **Kalorien.** Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16 800 — 11 200 = 5600 Kalorien **hinzukaufen.** Das könnte sie billigst tun, indem sie sich ½ Pfund **Haferflocken** für 4,50 Mk., 9 Pfund Gemüse für 2,70 Mk., 1 Pfund **Marmelade** für 4 Mk. und ½ Pfund Erbsen für 2,70 Mk. verschafft. **Ihr wöchentlicher Mindestbedarf** würde also **etwa 81 Mk.** kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7 × 3000 = 21 000 Kalorien. Die 4200 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch ½ Pfund Erbsen für 2,70 Mk., ½ Pfund Margarine für 11,25 Mark, ½ Pfund Reis für 6 Mk., 1 Pfund Salzheringe für 5,25 Mark, 1 Pfund Aepfel für 2,50 Mk. Sein **wöchentlicher Mindestbedarf** für Nahrungsmittel würde also etwa 59 Mk. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit **124 Mk. wöchentlich** für Nahrung auskommen."

Auf Grund dieser Erwägungen berechnet **Kuczynski** das Existenzminimum einer Familie im März 1920. Er nimmt als **Wochenbedarf für Wohnung** 8 Mk., für **Heizung** 13,50 Mark, für **Beleuchtung** 6 Mk. an. Für **Bekleidung** rechnet er ferner hinzu für den Mann 45 Mk., für eine Frau 30 Mk., für ein Kind 15 Mk. Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Prozent machen müssen.

Als **wöchentliches Existenzminimum** ergibt sich somit für den März 1920 in Groß-Berlin für einen **Mann** 165 Mk., für ein **Ehepaar ohne Kinder** 241 Mk., für ein **Ehepaar mit zwei Kindern** im Alter von sechs bis zehn Jahren 321 Mk. **An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 9 bis 10 Pf. wert.**

Walhalla-Operett.-Theater. 241
Anfang ½8 Uhr.
Marga Peters und Gustav Bertrams Abschieds-Monat!
Letzte 3 Tage:
Der Mann ohne Vergangenheit.
Montag auf Wunsch:
Eva.
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadttheater.
Sonnabend, den 10. April, Anf. 7, Ende nach 9½ Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Sonntag, vorm. 11 Uhr:
Das Drama der Jugend in Deutschland.
Vortrag v. Dr. W. Liepe.
Erstaufführung:
Woyzeck.
Dramatisches Fragment.
Sonntag nachmittag:
Im weissen Röss'l.
Sonntag abend: 201
Der Bajazzo, hierauf:
Cavalleria rusticana.

Preis-Skat. 187
Sonnabend, den 10. April, 3½ und 7½ Uhr:
Freundlichst ladet ein
A. Thate, Berliner Straße 31.

Restaurant Goldene Spitze
Spitze 11/12. 196
Sonnabend
Preis-Skat.
Anfang 7½ Uhr.

Zimmerklosett
geruchlos, billigst
G. Brose,
Gr. Sandberg 8.

Eichen- 208
Büfett, Schreibtisch, Ausziehtisch, 4 Stühle
mit Lederpolster, neu,
verkauft preiswert
Geiststr. 39, I. Etg.

Haltbare
Schuhsenkel
empfiehlt preiswert
Leipziger Bazar,
Leipziger Str. 17. *3

Ansichts-Postkarten
empf. die Volksbuchhandlung.

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volks-Buchhandlung.
Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND
HALLE A. S. FERNRUF BÜROZEIT 11-1, u. 4-6.
HARZ 42/44 № 1726 SONNABEND 9-2.
Geschäftsführer gesucht.
An Stelle des ausscheidenden zweiten Bevollmächtigten wird zum sofortigen Antritt Ersatz gesucht. Bedingung: Kenntnis der Verwaltungsarbeiten und rednerische Befähigung. Gehalt nach den Beschlüssen der Stuttgarter Generalversammlung und zeitgemäßer Teuerungszulage. Bewerbungen bis zum **26. April** mit der Aufschrift: „**Bewerbung**" unter Angabe der Länge der Mitgliedschaft, bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, Alter und Beruf sind zu richten an den ersten Bevollmächtigten
Willy Rößler, Harz 42/44. 217

Zeitungsträgerin u. -fahrerin
für Könnern
per sofort gesucht. Zu melden bei **Friedrich Peter,** Steinsetzer, Oberschweizerstr. dortselbst.
Verlag Volksblatt, G. m. b. H.

Wir suchen ab 1. Mai einen
Zeitungs-Austräger
für das **Hallische Volksblatt.**
Zu erfragen bei **Wilhelm Höffgen, Wallhausen,** Mühlgasse 167.

Maurer
(insbesondere Putzer)
stellen ein 216
Hoffmann & Tüchelmann,
Baugeschäft.
Zu melden im Bureau, Niemeyerstr. 18.

MCF
Mitteldeutsche Zigaretten- und Tabakfabrik
D. Felixbrodt.
Kleinverkauf: Geiststr. 26.
Wir empfehlen:
Zigarren von **75** Pf. und
Zigarillos von **45** Pf. an. 215
Zigaretten aus reinen Orienttabaken hergestellt,
in allen Preislagen.
Gastwirte und Wiederverkäufer erhalten Marken eigener Fabrikation zu Original-Fabrikpreisen.

Neueste Operetten-Grammophon-Platten
wieder vorrätig.
C. Dorn,
Oleariusstrasse 6a,
am Hallmarkt. 4

Zur Anfertigung feiner
Herrengarderobe
nach Maaß
empfiehlt sich
Otto Bartelt,
186 Dreyhauptstraße 7.

Echter Kautabak
garant. reiner Blättertabak mit Nordhäuser Beize, große feste Rollen
100 Rollen 115 Mk.
20 Proberollen 25 Mk.
ab hier geg. Nachnahme. Größere Posten Sonderofferte. Garantie für tadellose Ware. *96
Hentrich & Heyne,
Kautabakfabrik.
Leipzig 21, Hainstr. 31.

Voranzeige!
Zirkus 209
Gebr. Blumenfeld jr.,
Magdeburg
(früher E. Blumenfeld Ww., Guhrau),
beginnt demnächst ein kurzes Gastspiel auf dem Platz Krausenstraße 5, an der alten Gasanstalt.
50 möblierte Zimmer werden für unser Artistenpersonal gesucht. Aufträge für Licht- und Programmreklamen jetzt schon erbeten, „Hauptpostlagernd Zirkus Blumenfeld".

Möbel 188
Komplette Schlafzimmer, moderne Küchen, Schränke, Tische, Stühle, Vertikos, Spiegel.
Größte Auswahl. Reell und gut.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.
Carl Klingler, Halle, Leipzigerstr. 11, I. Et. Eingang Sandberg.

Echt Nordhäuser
:: Kautabak ::
reinen Rauchtabak, deutsche Zigaretten
von 20 Pf. an, empfiehlt
G. Stoermer, Liebenauerstr. 18. 193

Nesteier
48 Pf. 202
Sobel,
Steinweg 45.
Gr. Ulrichstr. 9. Geiststr. 1
Ammendorf Bahnhofstr.

Große Auswahl in
Hosenträgern,
durchweg Gummi, preiswert im Leipziger Bazar, Leipziger Str. 17. *4

Altpapier
jeder Art, Kilo 80 Pf., kauft **Wilhelm Keil,** *15 Viktoriastr. 3.

Apollo-Theater
Tägl. abends 7½ Uhr:
Die 202
kleine Hoheit.
Operette v. M. Knopf.
In den Hauptrollen:
Fanny Köbe,
J. Christean, F. Schulz,
A. Eugens, B. Rose,
L. Segisser, T. Grigo.
Seit Jahren der
größte Operettenerfolg!
Im Neuen Operettenhaus Berlins täglich
ausverkaufte Häuser.
Vorverk. 9—1 u. 5—6.

Zellstoff, 181
110 breit, Meter 2 Mk., passend für Gardinen, zu verkaufen. Zwingerstrasse 1, III links.

3 Enten zur Zucht
werden verkauft *87
Bruckdorf, Hauptstr. 22.

Tüchtigen
Metallschleifer
sucht 205
H. Krumhaar,
Mittelstrasse 5.

Dauerwäsche-Reparaturen
u. Auffrischen derselben werden umgehend und sauber ausgeführt. [195
Trift strasse 35 II.

Möbel-Transporte
sowie **Speditionsfuhren** führt sachgemäß aus **Alb. Ackermann,** Thomasiusstr. 15. Tel. 5643

Sozialdemokratischer Verein Halle und Saalkreis U. S. P. D.
Distrikt Ammendorf

Am 7. April verstarb als Opfer des Kapp-Putsches unser Genosse, der Arbeiter
Louis Preuß
im Alter von 27 Jahren.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Der Vorstand.

Das Begräbnis findet am Sonntag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Ammendorfer Friedhofes aus statt.
Alle Genossen und Genossinnen haben sich ½3 Uhr in der Broihanschenke zu sammeln. 211

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200409-11/fragment/page=0007

Die Preise sind ein Zeichen unserer hervorragenden Leistungsfähigkeit!

Damen-Halbschuhe beste Qualität und Form . . . . . . Mk. **188**

Damen-Hochschaftstiefel elegante, hochgeschnittene Form . . . . . Mk. **228**

Rindbox-Herrenstiefel elegante Form, prima Leder . . . . Mk. **275**

Kinder-Lederstiefel mit Stoffeinsatz 21/22 15,35 23/24 **23**,75 25/26 **26**.75

Damenstiefel Einzelpaare . . . . . . Mk. **169, 183, 185, 206, 210**

Turnschuhe in allen Grössen und Preislagen

Segeltuch-Sandalen mit Kernledersohle 31/35 **31,—** 36/40 **35,—**

Holzsandalen 1 Paar bis Grösse 35 und 1 Paar grössere bis 47 zusammen **1,95**

204

Wiebachs Schuhwarenhaus Kleine Ulrichstrasse Nr. 11-12

Echten Nordhäuser Kautabak, Rauchtabak, Englische Zigaretten
zu haben bei 65
R. Hennicke,
Königstr. 5. Königstr. 5.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Fleischverkauf.

Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 100 Gramm je Kopf (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird Rindergefrierfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 10. April, durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der restlichen Fleischmarken für die Woche vom 5. bis 11. April. Die Marken sind in üblicher Weise bis zum 12. April an das Stadternährungamt abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 100 Gramm 2,40 Mk.

Wurstverkauf.

In der laufenden Woche wird bei dem Fleischer Ackermann und bei dem im Alphabet folgenden Fleischern bis einschließlich Kirkam für jede Person eines Haushaltes 50 Gramm Wurst verabfolgt. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 10. d. M. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marken 4A und 4B der Reichsfleischkarten für die Woche vom 5. bis 11. d. M. zu erfolgen. Die abgetrennten Marken sind bis 12. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt 50 Pf. für 50 Gramm. An die bei den Fleischern Ackermann bis Kirkam angemeldeten Haushalte werden in nächster Woche an Stelle der Wurst 100 Gramm Schmalz je Kopf verabfolgt.

100 Gramm Margarine.

In der Woche vom 12. bis 18. April werden auf den Abschnitt 18 der neuen roten Fettkarte für jede Person eines Haushalts 100 Gramm Margarine zum Preise von 1,65 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 19. April, abzuliefern.

Sonderzuweisung von Margarine.

In der Woche vom 12. bis 18. April werden auf den Abschnitt 507 des Warenbezugsscheines Nr. 29 für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Margarine zum Preise von 1,65 Mk. abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 19. April cr., abzuliefern.

Verkauf von Schmalz.

Der Verkauf von Schmalz findet am Sonnabend, den 10. d. M. statt. Es werden 100 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt bei dem Fleischer Klingner und bei dem in alphabetischer Reihe folgenden Fleischern gegen Abgabe der Marke 19 der Einfuhrzusatzkarte (Schmalz). Die Marken sind bis 12. d. M. an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 100 Gramm 3 Mk. An die bei den Fleischern Klingner bis Zörner angemeldeten Haushalte werden in nächster Woche 50 Gramm Wurst je Kopf verabfolgt.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Roßgulasch

in der Talamtschule am Sonnabend, den 10. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 76501—84500, vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine ½-Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven, an Haushalte mit zwei Personen eine Einkilodose Roßgulasch und an Haushalte mit drei Personen eine ½-Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven und eine Einkilodose Roßgulasch usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine ½-Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven beträgt 5,00 Mk. und für eine Einkilodose Roßgulasch 11,00 Mk.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Sonnabend, den 10. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 49001—53000, vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben.

Städtischer Verkauf von weißen Bohnen mit Fett und Tomaten

in der Talamtschule am Sonnabend, den 10. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 76501—84500, vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird eine Dose weiße Bohnen zum Preise von 2,70 Mk. abgegeben. Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen erhalten die Dose zum Preise von 2,00 Mk.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 10. April werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 851—950, 9 Uhr 951—1050, 10 Uhr 1051—1150. Es kommt amerikanischer Schinken gegen Abgabe der Fleischmarken zum Verkauf.

Versorgung mit Kartoffeln.

In der Woche vom 12. bis 18. April können auf die Marke 31 der braunen Kartoffelkarte 2 Pfund Kartoffeln gekauft bzw. von Haushaltungen, Kranken- und sonstigen Anstalten und allen denjenigen, welche Wintervorrat besitzen, verbraucht werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 25 Pf. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag, den 22. April abzuliefern.

Jetzt ist es Zeit, Salzgemüse zu kaufen!

Weißkohl Pfd. 10 Pf.
Rotkohl „ 25 „
Möhren „ 25 „
Bohnen „ 78 „

F.H.Krause
in allen Filialen. 198

Altes Lager! Schul-
Tornister, Schiefertafeln, poliert. 214
3.85, 5.40, 7.95 Mk.

von 6.85, 8.95, 11.85 bis 48.00 Mark.

Sobel,
Steinweg 45, Gr. Ulrichstrasse 9, Reilstrasse 1.
Ammendorf: Bahnhofstrasse 3.

Zum 1. Mai 1920
erscheint im Verlag „Freiheit" eine illustrierte
Maifest-Zeitung
als Sonderausgabe der „Freien Welt".
Preis 50 Pf. Porto 10 Pf.
Unsere Austräger bitten wir, sofort ihren Bedarf angeben zu wollen, da bereits Mitte April mit dem Versand begonnen wird.
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Neuanmeldung und Ummeldung zur Warenkundenliste.

Aus Anlaß der stattfindenden Neuanmeldung und Ummeldung zur Warenkundenliste ist ebenfalls eine Ummeldung der Kleinhändler beim Großhändler gestattet. Kleinhändler, welche einen Wechsel beabsichtigen, wollen dies bis zum 12. April 1920 dem Stadternährungsamt, Abt. Warenkundenliste, unter Angabe des neugewählten Großhändlers schriftlich melden. Bei dieser Gelegenheit wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Kleinhändler verpflichtet sind, in die Lebensmittelscheine ihrer Kunden die Firma mit Tinte einzutragen oder einzustempeln. Diejenigen Haushalte, aus deren Lebensmittelscheinen die Firma des Kleinhändlers nicht zu ersehen ist, laufen Gefahr, daß ihnen bei der Ausgabe der Lebensmittelkarten in den Markenausgabestellen Schwierigkeiten entstehen.

Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden Zuckermarken und Bezugsscheine für Sacharin, und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—F am Sonnabend, den 10., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben G—K am Montag, den 12., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben L—O am Mittwoch, den 14., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben P—R am Donnerstag, den 15., und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben S—Z am Freitag, den 16. April 1920, vormittags 8—12½ Uhr, im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, III. Obergeschoß, Zimmer 41, abzuholen. Am Dienstag, den 13. April 1920, findet die Ausgabe der Zuckermarken und Bezugsscheine für Sacharin an Gastwirtschaften nicht statt. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Bitterfeld.

Die Inhaber der Sonder-Nährmittelkarte (violett) für Kleinkinder pp. erhalten in den bekannten Verkaufsstellen auf Nr. 1 1 Paket Kindergerstenmehl zum Preise von 65 Pf. bezw. 1 Rolle Keks zum Preise von 60 Pf. Die Marken können sofort eingelöst werden u. verlieren mit dem 20. April ihre Gültigkeit.

Bitterfeld, den 7. April 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
Lamscha, kommissarischer Landrat.

Warnung vor übermäßig hohem Haferanbau.

Es besteht in Teilen der Landwirtschaft das Bestreben, in diesem Jahre infolge des augenblicklich hohen Haferpreises möglichst viel Hafer auf Kosten des Kartoffelanbaus auszusäen. Ich warne die Landwirtschaft vor übermäßig hohem Haferanbau, da der Hafer zur neuen Ernte aller Voraussicht nach wieder in die Zwangswirtschaft einbezogen wird. Dagegen ist auf alle Fälle mit hohen Kartoffelhöchstpreisen zur neuen Ernte zu rechnen und unter Umständen auch eine beschränkte Freigabe der Kartoffeln zu erwarten.

Bitterfeld, den 3. April 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Lamscha, kommissarischer Landrat.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. :: Jahresbeitrag: Millimeter 7.50 Mark.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwoch, den 14. April, im Volkspark:
Singestunde.
Bässe 6½, Tenöre 8 Uhr.

Frauen- und Mädchenchor.
Jed. Dienstag ½9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Sonnabend, d. 17. April, nachm. 4½ Uhr, bei Morgner, Triftstr. 20: Räumfuhre ins Landheim.
Sonntag, früh 6 Uhr: Tages-Wanderung zum Süßen See. Abm.: Hettstedter Bahnhof.
Montag, abends 8 Uhr, bei Morgner, Triftstr. 20: Hütten-Kommission.

Turnverein Fichte.
Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 8-10 U.
Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle.
Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7—9 Uhr, i. d. Glauchaer Schule, Taubenstraße.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle.
Sonntag, den 18. April, früh 7 Uhr: Ausfahrt in die Baumblüte n. Kloschwitz. Abf.: Vom Hettstedter Bahnhof.
Freitag, den 30. April, abends 7½ Uhr, im Volkspark: Versammlung.
Der Vorstand.

Arbeiter-Schwimm-Verein, Halle a. d. S. (E. V.)
Vereinslokal: Thümmler, Jakobstraße.
Versammlung a. 1. Sonntag nach dem Monatsersten bei Thümmler.
Uebungsstunden: Donnerstag v. 7-8 Uhr: Damenabteilung. Von 8-9 Uhr: Männerabteilung.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsstd.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Borks Restaurant, Kurze Gasse 1.

Mandolinen-Gesellschaft Harmonie, Halle a. S.
Vereinslokal: „Zur Plauderecke", Augustastr.
Verein zur Pflege und Förderung nur gut. Mandolinen- u. Lautenmusik auf breitester Grundlage f. Damen u. Herren. Jeden Freitag: Uebungsstunde.

I. Gitarre-Zither-Verein, H.-G.
Vereinsl.: Lüderitz Berg, Reilstraße 47. Jed. Mittw. ½8 Uhr: Uebungsstunde.

Artisten-Börse.
Halle a. S. Fernspr. 2884.
Vereinslokal: Zur Plauderecke, Augustastr.
Sitzung: Jeden Mittwoch.
Humoristen, Komiker, Duette, Geiger u. Pianisten sind und müssen zu jeder Gelegenheit zu haben sein.
Jugend-Abteilung: Zusammenkünfte jeden Mittwoch i. Vereinslokale.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigt., -Teilnehmer und -Hinterbliebenen.: Ortsgruppe: Halle (S.)
Jed. Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats: Mitglieder-Versammlung.

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jed. Freitag: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette".

Freie Sozial. Jugend, Halle.
Jugendh.: Rathausstr. 16, geöffn. von 7 Uhr bis 10 Uhr abends.
Heute: Leseabend und Brettspiele.
Sonnabend: Funktionär-Kursus.
Sonntag: Eltern-Abend. (S. Inserat.) Nachm., 3 bis 5 Uhr: Besichtigung des Heims.

Ammendorf.

Turnverein Fichte.
Radewell u. Umgegend.
1. Abteil.: Dreierhaus Osendorf. Turnst.: Dienstag u. Freitag v. 8-10 Uhr. Schülerabteilung: Mittwoch von 5½—7 Uhr.
2. Abteil.: Schützenhaus Ammendorf. Dienstag u. Freitag von 8—10 Uhr.
3. Abteil.: Radewell, Gasth. Radewell. Dienstag von 8—10 Uhr. Schülerabteilg.: Dienstag von 5½—7 Uhr. Turnerinnen: Donnerstag von 8—10 Uhr.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Dienstag, den 13. April, abends 8 Uhr, in Teichmanns Hotel: Singestunde. Donnerstags für Frauen und Mädchen.
Der Vorstand.

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Jed. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung: Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Wander- u. Mandolin-Abteilung: Für Mädchen: Mittwoch ½8-½10 Uhr. Für Burschen: Donnerstag ½8-½10 U.
Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im „Thüringer Hof". Der Vorstand.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden und Leibwäsche waschen?
Nur noch in der
Dampf-Waschanstalt Halloria

Halle a. S.
Marionstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt
Fernsprecher 5692 8

Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak, Kautabak
in nur guter u. preiswert. Ware, empfiehlt 176
Paul Elze, Merseburger Str. 103.

Altkleiderstelle.
Kaufe zu höchst. Preisen Möbel, Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, Prismengläser, Uhren, Wertsachen, Pfandscheine.
F. Hennicke, 62
Kl. Ulrichstr. 15. Tel. 4414.

Volkspark, Burgstr. 27. 196
Heute, Freitag, abends 6 Uhr:
Großer Ball

Frauen- und Mädchenchor Halle.
(M. d. Arb.-S.-B.)
Sonntag, den 11. April, von nachmittags 3 Uhr an, im Gasthof zu Seeben: 208
Tanzkränzchen.
Gönner u. Freunde des Gesanges herzl. Willkommen.

Geselligkeits-Verein Floria, gegr. 1908.
Sonntag, den 11. April, von nachm. 3 Uhr an, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus:
192 **Kränzchen.**
Zu diesem Tage laden wir alle unsere Freunde und Gönner herzlich ein. **Der Vorstand.**

Turnverein Fichte.
Radewell u. Umg. (Abt. Ammendorf).
Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.
Sonntag, den 11. April, von nachm. 3 Uhr an, im Schützenhaus:
Tanzkränzchen.
Es ladet ein *88 Der Vorstand.

Trothaer Turnverein.
Mitglied vom Arbeiterturnerbunde.
Sonntag, den 11. April 1920, von nachmittags 3 Uhr an,
in den Trothaer Ball- und Spiegelsälen, Trothaer Str. 2
Witwe E. Germe: 207
Kränzchen
Freunde u. Gönner des Vereins sind herzl. eingeladen.
Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder heute Abend in der Turnstunde erforderlich. **Der Vorstand.**

Gesellschaftshaus Diemitz.
Sonntag, den 11. April, nachmittags 3 Uhr:
Tanzkränzchen.
Während der Pause Zither-Vorträge.
Freunde und Gönner willkommen. *84
I. M. G. Z. V.

Kaufe alle Wertsachen!
Ferngläser, Silber- und Gold-Uhren, Ketten, Ringe, Bruchgold jeder Art, Musikinstrumente 85
Schleich, Alter Markt 34.

Bettnässen wird sofort beseitigt. Jedermann erhält kostenlose Ausk. nach Angabe v. Alter u. Geschlecht. *5
Dr. med. Th. Eisenbach, München
Schwanthalerstr. 48 / A. 80.

Eichene Fässer, Sensen, Fleischklotz, Stricke. 189
(Verkauf 6 Uhr abends.)
Schmiedstr. 34, III l.

Lumpen, Wolle, Neutuch, Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchsten Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 61
Ludwig, Schwetschkestr. 14.

Familien-Nachrichten.

Hallischer Box-Klub „Douglas".

Nachruf.

Am 31. März wurde unser lieber, treuer Sportgenosse

Walter Schulze

durch Soldatenhand auf dem Heimwege heimtückisch erschossen.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

194 **Der Vorstand.**

Zurückgekehrt vom Grabe unseres unvergeßlichen Tochter und Schwester, sagen wir nur auf diesem Wege allen denen, die ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Sanitätsrat Dr. Schumann und der Gemeindeschwester Marie für ihre liebevolle Pflege während ihrer schweren Krankheit. Vielen Dank Herrn Dr. Jenrich für die trostreichen Worte am Grabe. 200

Trotha, den 8. April 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Buhl.

Viel zu früh bist du von uns geschieden,
Du treues, gutes Tochterherz.
Nun schlumm're sanft in ewigem Frieden,
Du bist erlöst von deinem Schmerz.

Ruhe sanft, geliebtes Elschen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200409-11/fragment/page=0008